Den Wahnsinn des Kapitalismus beenden – Sozialismus erkämpfen!

Das Programm der Sozialistischen LinksPartei (SLP) Österreichische Sektion des Komitee für eine ArbeiterInnen-Internationale CWI/KAI/CIO



Der vorliegende Text wurde von der Sozialistischen LinksPartei (SLP) bei der Bundeskonferenz vom 4.-5. Oktober 2014 in Wien als aktuelles und gültiges Parteiprogramm angenommen.

Layout, Satz und Umbruch von Alexander Svojtko.

Impressum

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Sozialistische LinksPartei (SLP) | 1200 Wien, Pappenheimgasse 2/1 | Tel.: 01/524 63 10 | E-mail: slp@slp.at | Bankverbindung:

IBAN: AT25600000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

1. Auflage – März 2015

Inhalt

vorwort	6
Das 21. Jahrhundert - Krisen, Kriege, Kapitalismus	8
Im Kapitalismus stehen Profite vor Bedürfnissen	9
Arm und reich in Österreich	10
Arbeit bestimmt unser Leben	11
Arbeitslosigkeit als Massenproblem	12
Kapitalismus bedeutet Krieg	12
Kapitalismus bedeutet Ausbeutung	14
Die Armen werden ärmer	16
Die Reichen werden immer reicher	18
EU: Das Europa des Kapitals und kein Friedensprojekt	19
Ein System voller Widersprüche	21
Auf und ab	22
Kapitalismus mit menschlichem Antlitz?	23
Es regt sich Widerstand	26
Internationaler Widerstand	27
Was ist Sozialismus?	30
Der Weg zu einer anderen, einer sozialistischen Gesellschaft	33
Die Rolle der ArbeiterInnenklasse	34
Für die Einheit der ArbeiterInnenklasse	35
Fünf Finger kann man brechen, eine Faust nicht	38
Für eine neue ArbeiterInnpartei	39
Komitee für eine ArbeiterInnen-Internationale (CWI/KAI/CIO)	43
Jetzt eine sozialistische Alternative aufbauen!	44
Zum Weiterlesen	45
Wofür wir stehen	46
letzt aktiv werden mit der Sozialistischen LinksPartei	48

Hochgestellte Ziffern im Text (Fußnoten) verweisen auf zum jeweiligen Thema passende Literatur. Die einzelnen Titel sind auf Seite 45 aufgelistet.

Vorwort

Dieses Programm erscheint in bewegten Zeiten. Der Kapitalismus befindet sich in seiner tiefsten Krise seit den 1920er Jahren. Die Wirtschaftskrise, die 2007/08 als scheinbare Finanzkrise ausbrach, hat sich längst global ausgedehnt. Millionen Arbeitsplätze wurden bereits vernichtet. Weltweit, aber besonders in Europa, gibt es eine brutale Offensive zur Rettung dieses kapitalistischen Systems seitens der Herrschenden. ArbeiterInnen, Arbeitslose, Jugendliche und PensionistInnen werden mit immer mehr und immer heftigeren Angriffen auf Löhne, Bildung, Sozial- und Gesundheitssysteme – kurz: unseren Lebensstandard – konfrontiert. Weltweit, und ebenso in Österreich, gibt es eine Zunahme von Widerstand und Klassenkämpfen. Streiks und Demonstrationen richten sich gegen die Zerschlagung der sozialen Sicherungssysteme, gegen die Verschlechterungen bei Löhnen/Gehältern, Arbeitszeiten, gegen Ausbeutung und Krieg.

Die SLP ist als österreichische Sektion des "Komitee für eine ArbeiterInneninternationale" (CWI/KAI) gemeinsam mit den Mitgliedern der anderen CWI-Sektionen in über 45 Ländern auf allen Kontinenten Teil dieser Bewegungen und Kämpfe. Millionen Menschen sind auf dieser Welt aktiv bei Demonstrationen, Kampagnen und Streiks. Dass der Kapitalismus der Mehrheit der Menschen keine positive Zukunft zu bieten hat, wird immer offensichtlicher. Ganz konkret stellt sich die Frage nach einer Alternative zum Kapitalismus. Ziel dieses Programms ist es, die Ungerechtigkeit des Systems aufzuzeigen, ihre Ursachen zu erklären, und darzulegen, dass eine sozialistische Welt nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist, und wie sie erreicht werden kann.

Die SLP ist eine junge Partei – doch die Wurzeln unserer Ideen reichen bis ins 19. Jahrhundert zurück. Wir knüpfen an den kämpferischen Elementen in der Geschichte der österreichischen und internationalen ArbeiterInnenbewegung an. Dazu gehören vor allem die Pariser Commune, die sozialistischen und kommunistischen Traditionen der verschiedenen internationalen Vereinigungen, die russische Oktoberrevolution und der Kampf der MarxistInnen gegen den Stalinismus, der antifaschistische Widerstandskampf und der Oktoberstreik 1950. Das bekannteste Programm der ArbeiterInnenbewegung ist das "Manifest der Kommunistischen Partei". Erstmals 1848 veröffentlicht, hat es auch methodisch nichts von seiner Aktualität eingebüßt und gehört neben dem "Übergangsprogramm"

von Leo Trotzki (1938 als Gründungsdokument der 'Vierten Internationale' veröffentlicht) zu den wichtigsten programmatischen Grundlagen des 'Komitees für eine ArbeiterInnen-Internationale' und damit auch der SLP.³

In der Geschichte der sozialistischen Bewegung und der ArbeiterInnen-Bewegung gab es viele verschiedene Parteien und Programme. Sie waren und sind das Ergebnis der konkreten Arbeit einer Partei, ihrer Geschichte, den Rahmenbedingungen und ihrer politischen Grundlagen. Unser Programm ist die Basis für unsere tagtägliche politische Arbeit und fasst unsere zentralen politischen Ideen zusammen. Es basiert auf unseren Erfahrungen mit dem Kapitalismus und mit Klassenkämpfen. Es ist eine Anleitung zum praktischen Handeln. Im vorliegenden Programm können wir uns nicht allen Themen widmen - wir geben einen Überblick über unsere Ideen, Methoden und Ziele. Für vertiefende und weiterführende Diskussionen stehen unsere Mitglieder zur Verfügung. Viel kann auch in unserer Zeitung VORWÄRTS, auf unserer Homepage (www.slp. at) sowie unserem sonstigen politischen Material wie Broschüren und Bücher nachgelesen werden. Unser Programm beschränkt sich nicht auf diese Broschüre, sondern findet sich in unseren Publikationen und in unserer täglichen Arbeit wieder. Wenn Sie/Du unserem Programm grundsätzlich zustimmen/zustimmst, ist es vor allem auch eine Einladung zum Mitmachen. In diesem Sinne: Vorwärts zum Sozialismus!

Wien, 2014

Das 21. Jahrhundert – Krisen, Kriege, Kapitalismus

Ein Blick in Tageszeitung oder Fernsehen genügt, um den alltäglichen Wahnsinn des Kapitalismus zu sehen. Banken, die Milliarden verzockt haben, werden mit "Rettungspaketen" aufgefangen, um die Profite zu garantieren, gleichzeitig wird ständig gesagt, es gäbe kein Geld mehr für Bildung und Soziales. Die Mehrheit der Menschheit lebt in miserablen sozialen Verhältnissen, Demokratie und Menschenrechte sind für die meisten Menschen auf der Welt nicht vorhanden. Kinder sterben an Hunger, verdrecktem Trinkwasser oder durch Bomben und Tretminen, die so viel kosten, dass mit dem Geld der Hunger ausgerottet und der Zugang zu sauberem Trinkwasser längst gesichert sein könnte. Angesichts von Epidemien, Nahrungsmittelskandalen

"Die 85 reichsten Menschen besitzen so viel Vermögen wie die ärmere Hälfte der Welt." Oxfam 2014 und Umweltzerstörung steht nicht weniger als die Zukunft der Menschheit an sich auf dem Spiel.⁴ All das sind keine natürlichen Missstän-

de, sondern ein Teil des kapitalistischen Systems, das auf der Erde regiert. Der menschgemachte Klimawandel führt u.a. zur Zunahme von Extremwetter-Ereignissen. Diese sind nicht einfach "grausame Launen der Natur", sondern Auswirkungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems auf unseren Planeten, das nur nach kurzfristigen Profiten giert. Dieses System bestimmt, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung, bis in den letzten Winkel der Erde die Geschicke der Menschen.

Der Kapitalismus ist schon längst kein fortschrittliches System mehr. Er ist zu einem Hindernis für die Entwicklung der Menschheit geworden. Konnte er im 19. Jahrhundert die Produktivkräfte weiter entwickeln und damit den Lebensstandard der Menschheit in den dominanten Ländern der Welt steigern, werden heute unter dem Schlagwort "Budgetkonsolidierung" die im 20. Jahrhundert von der ArbeiterInnenbewegung erkämpften Errungenschaften abgebaut. Die Herrschenden nützen die Krise, um sich der von der ArbeiterInnenklasse erkämpften Errungenschaften zu entledigen. Ihr Ziel: Profite! Gesundheits-, Bildungs- und Pensionssysteme sollen künftig auch in Europa nur eine ungenügende Basisleistung erbringen und alles darüber hinaus muss privat und teuer zugekauft werden. Dies bedeutet eine schleichende Privatisierung der sozialen Sicherungssyste-

me und damit ihre Öffnung für profitorientierte InvestorInnen und SpekulantInnen. In Griechenland zum Beispiel wurden bereits eine Vielzahl von Spitälern, Schulen und Postämtern geschlossen. In der "Wiege Europas" kollabieren Schulkinder im Unterricht aufgrund von Unterernährung. Noch schlimmer ist die Situation in jenen Teilen der Welt, in denen es gar keinen Sozialstaat gibt. Dort trifft der Sozialabbau auf einen menschenunwürdigen Lebensstandard, welcher zu Hunger, Elend, Krankheit und sogar zum Tod führt.

Im Kapitalismus stehen Profite vor Bedürfnissen

Die Welt ist reich - tatsächlich gibt es nicht zu wenig. Die vorhandenen Ressourcen könnten (insbesondere unter Anwendung aller technischen Möglichkeiten und ressourcensparenden Technologien) die Bedürfnisse aller Menschen befriedigen. Wo zu viel Kapital angehäuft ist, bei einer sogenannten Überakkumulation, folgt daraus oft eine Überproduktion von Gütern. Dies ist eine zentrale Ursache für Wirtschaftskrisen. Dieser Reichtum ist jedoch ungleich verteilt. Im Zentrum des Interesses stehen im Kapitalismus nicht die Bedürfnisse der Menschen, sondern die Profite der InvestorInnen. Besonders deutlich wird das bei Nahrung und Wohnen - überteuerte Mieten, Spekulation mit Wohnraum, Obdachlosigkeit und Wohnungsnot trotz leerstehender Wohnungen auf der einen Seite. Auf der anderen Seite erleben wir die Spekulation oder sogar Vernichtung von Nahrungsmitteln, Bauern die fürs nicht-produzieren bezahlt werden, während es gleichzeitig Unterernährung und Hungerkatastrophen gibt.

Kapitalismus bedeutet eine absolut katastrophale, chaotische Produktionsweise, die immer wieder zu Krisen führt und Menschen und Umwelt in den Abgrund treibt. Wo keine Profite zu holen sind, wird nicht investiert. Und wo Profite auf Basis der Ausbeutung von Mensch und Natur zu machen sind, steigen die Aktienkurse. Um die Profite zu erhöhen, wird privatisiert, werden die sozialen Sicherungssysteme zerschlagen und die Lohnund Arbeitsbedingungen der ArbeitnehmerInnen verschlechtert. Argumentiert wird alles mit "internationalem Wettbewerb" und "Konkurrenz". Im Kapitalismus haben wir alle sehr unterschiedliche Ausgangsbedingungen und Chancen. ArbeitnehmerInnen, Jugendliche und insbesondere Frauen sind es, die für die Profite relativ weniger Reicher tagtäglich schuften müssen.

Arm und reich in Österreich

Die österreichischen Regierungen beteiligten und beteiligen sich am internationalen neoliberalen Projekt von Privatisierung, Deregulierung, Sozialabbau sowie Angriffen auf Arbeitsbedingungen und Arbeitsschutzbestimmungen. Die Kürzungen der letzten Jahre sind nicht mehr einfach kleinere Maßnahmen. Sie haben die Weichen zur völligen Zerschlagung des Sozialstaates gestellt. Obwohl Österreich eines der reichsten Länder der Welt ist, gibt es auch bei uns Armut. Armut hat viele Gesichter: Sie führt dazu, dass sich Menschen den Kaffee mit ihren FreundInnen nicht mehr leisten können, dass der Kinobesuch oder der Urlaub zu teuer ist, die Wohnung im Winter nicht geheizt wird und letztlich führt Armut oft zu Wohnungslosigkeit. Das bedeutet, dass die Teilhabe am gesell-

"Manager in Österreich kassieren – trotz Krise – ein beachtliches Salär. Die Gehälter sind in den letzten 10 Jahren vom 20-fachen auf das 48-fache eines Durchschnittsgehaltes in Österreich gestiegen." Gewerkschaft PRO-GE 2013 schaftlichen Leben nicht mehr möglich ist. Im Gegensatz zu den letzten Generationen, die noch davon ausgehen konnten, dass es ihnen besser gehen wird als ihren Eltern, haben wir heute eine Generation, deren Zukunft zunehmend düster aussieht.

Das Ansteigen der Armut liegt nicht daran, dass Österreich als Ganzes ärmer werden würde, sondern daran, dass Einkommen und insbesondere Vermögen immer ungleicher verteilt sind. In der jüngeren Vergangenheit hat eine starke Umverteilung von "unten" nach "oben" stattgefunden. Die Einkommen aus Gewinn und Vermögen stiegen stark an, während die Realeinkommen aus Löhnen und Gehältern seit den 1990er Jahren de facto stagnieren und besonders für junge ArbeitnehmerInnen sinken. Die Struktur des österreichischen Steuersystems bevorzugt überdies jene, die ohnehin schon reich sind. Seit der Abschaffung der Vermögenssteuer und der Einführung des Stiftungsrechtes werden Vermögen nur mehr marginal besteuert. Theoretisch gibt es für hohe Einkommen zwar einen Spitzensteuersatz von 50 %. Doch aufgrund der diversen Ausnahmen (z.B. der einheitliche Steuersatz bei der Kapitalertragssteuer), Abschreibungsmöglichkeiten etc. gibt es in Österreich praktisch keine Steuerprogression damit de facto eine Flat Tax. Das heißt, der Steuersatz für Menschen mit hohen und niedrigen Einkommen ist in der Praxis gleich, was ein Vorteil für Reiche und Superreiche ist. Nicht zu vergessen die zig Milliarden Euro, die dem Staat jedes Jahr durch Steuerschulden und Steuerhinterziehungen durch Unternehmen entgehen. Auch das System von Massen- und Konsumsteuern ist ein Instrument der Umverteilung: Zwar zahlt jedeR von uns seine Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer, aber wer einen höheren Anteil seines/ihres Einkommens für Konsumgüter (Wohnen, Essen, Kleidung) ausgeben muss, der/die spürt die Steuer dementsprechend mehr. Neue und höhere Gebühren sowie der Sozialabbau der letzten Jahrzehnte haben die Situation weiter verschärft und treiben immer mehr Menschen in die Armut.

Arbeit bestimmt unser Leben

Wir verbringen einen großen Teil unserer Lebenszeit am Arbeitsplatz. Wir produzieren Waren, verwalten oder verrichten Dienstleistungen. Die Löhne/Gehälter und die Arbeitsbedingungen, wie lange wir Urlaub haben und welche Sozialleistungen es gibt, unterliegen einem ständigen

Ringen zwischen KapitalistInnen und der ArbeiterInnenklasse. Denn diese Faktoren sind entscheidend für die Profite der Unternehmen. Und deshalb sind es auch immer die Beschäftigten, die in Krisenzeiten "den Gürtel enger schnallen"

"2014 waren in Österreich 14,4 % der Bevölkerung arm oder armutsgefährdet – mehr als 1 Million Menschen."

Armutskonferenz

sollen, um die Profite zu sichern. In den letzten Jahren hat es eine Reihe von Veränderungen in der Arbeitswelt gegeben, um die Profite zu erhöhen. Für die KapitalistInnen ist es notwendig, die menschliche Arbeitskraft immer intensiver auszubeuten, um konkurrenzfähig zu bleiben. Regelarbeitszeiten, fixe Anstellungen, Arbeitsschutzbestimmungen und betriebliche Sonderzahlungen sind dabei ein Hindernis und sollen abgeschafft werden. Die ideale Arbeitskraft steht rund um die Uhr zur Verfügung, kann jederzeit gekündigt werden und muss für Überstunden nicht

extra bezahlt werden. Sogenannte "atypische Beschäftigungsverhältnisse" haben in den letzten Jahren massiv zugenommen. Im Interesse der KapitalistInnen geht die Gesetzgebung in der letzten Zeit stark in diese Richtung. Auch die Kürzungen im Gesundheits-, Bildungs- und Pensionssystem dienen dazu, die Profite der Unternehmen zu erhöhen. Neue Investitionsmöglichkeiten werden so eröffnet und wenn weniger aus (unseren) Steu-

Schon jetzt hat nur die Minderheit der Beschäftigten in Österreich ein "Normalarbeitsverhältnis" (fixe Anstellung, 5-Tage-Woche, Arbeitszeit von 35 bis maximal 40 Stunden, tagsüber). Der Rest arbeitet prekär, länger, kürzer, Schicht, in der Nacht und am Wochenende und mit wechselnden Arbeitszeiten. Gab es 2000 noch 197.000 geringfügig Beschäftigte, waren es 2012 bereits 296.000.

ergeldern für Sozialleistungen ausgegeben wird, können Unternehmenssteuern weiter gesenkt und mehr Subventionen ausbezahlt werden.

Arbeitslosigkeit als Massenproblem

Während einerseits Beschäftigte unter dem wachsenden Arbeitsdruck leiden, ist andererseits Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren wieder zu einem Massenproblem geworden. Arbeitslosigkeit hat soziale und ökonomische Auswirkungen: Insbesondere Langzeitarbeitslose verlie-

"Mehr als 700.000 Beschäftigte in Österreich leisten regelmäßig Überstunden. Rund ein Viertel davon unbezahlt." Arbeit & Wirtschaft ren in unserer Gesellschaft, die Menschen ausschließlich über "Leistung", also ihre wirtschaftliche Verwertbarkeit, definiert, oft an Selbstwertgefühl. Die soziale Situation von Arbeitslosen

ist geprägt von Verschuldung und Mangel, oft sogar von Armut. Insbesondere arbeitslose Frauen finden sich schnell in einem Teufelskreis wieder: Sie finden keinen Job, weil sie sich die Kinderbetreuung nicht leisten können bzw. überhaupt keine existiert, und sie können sich die Kinderbetreuung nicht leisten, weil sie keinen Job haben.

Arbeitslosigkeit ist kein Schicksal, sondern fixer Bestandteil der kapitalistischen Produktionsweise. Vollbeschäftigung ist die Ausnahme und für das Kapital auf Dauer nicht von Vorteil, da sie die Verhandlungsmacht der ArbeiterInnenklasse vergrößert. Arbeitslosigkeit ist in einem gewissen Ausmaß durchaus im Sinne der UnternehmerInnen, da sie mit dem Argument "da draußen warten fünf andere auf deinen Job" Druck auf die ArbeiterInnen ausüben können. Die Jobs, die heute zu haben sind, sind vor allem Teilzeit- und unsichere/prekäre Beschäftigungsverhältnisse und entsprechend schlecht bezahlt. Nicht der oder die einzelne Arbeitslose ist schuld daran, keinen Job zu finden. Er/Sie ist keinE SozialschmarotzerIn. Wenn auf jede offene Stelle mehrere Arbeitslose kommen, kann gar nicht jedeR einen Job finden! Trotzdem versuchen PolitikerInnen, arbeitslose Menschen für ihre Arbeitslosigkeit zu strafen. Dies reicht vom Vorwurf "Sozialbetrug" bis hin zur Kriminalisierung. Aus Opfern werden TäterInnen gemacht und benutzt, um Druck auf jene auszuüben, die noch Arbeit haben.

Kapitalismus bedeutet Krieg

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts kämpfen die großen kapitalistischen Staaten um die Aufteilung der Welt unter sich. Sie stehen in einem ständigen Konflikt, zusätzliche Einflusssphären zu erlangen. Diese Konflikte sind seit Bestehen des Kapitalismus eine wesentliche Ursache für Kriege Denn Einfluss bedeutet Zugriff auf Rohstoffe, auf KonsumentInnen und ProduzentInnen. Wer viel strategische und militärische Macht

hat, kann seine Interessen leichter durchsetzen. Millionen Menschen starben und sterben für die Erhaltung von Macht und Reichtum einer kleinen Elite. Kriege sind keineswegs ein Zeichen für einen rückständigen Kapitalismus und daher nicht nur in bzw. zwischen wirtschaftlich unterentwickelten Ländern zu finden. Solange die verschiedenen kapitalistischen Staaten durch ihre Gegnerschaft zu Sowjetunion und Ostblock geeint waren, waren innerimperialistische Konflikte nicht vorherrschend. Dies war auch deshalb möglich, weil der Kapitalismus nach dem 2. Weltkrieg einen ungewöhnlich langen und starken Aufschwung erlebte, der es für die imperialistischen Staaten weniger nötig machte, sich neue Einflusssphären zu erschließen.

Seit dem Zusammenbruch des Stalinismus 1989/90 und durch die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage seit den 80er Jahren sieht die Situation heute deutlich anders aus. Die Anzahl der bewaffneten Konflikte stieg von 12 im Jahr 1950 auf 36 im Jahr 2011 – 24 davon begannen nach 2000. Den Terroranschlag des 11. September 2001 nutzten die USA sich zur alles dominierenden Supermacht aufzuschwingen als Rechtfertigung, um ihre Stellung als Supermacht noch aggressiver zu verteidigen. Sie führen gemeinsam mit ihren Verbündeten Kriege "gegen den Terror" und "für Demokratie". Doch es geht dabei weder um Frieden noch um Demokratie, sondern darum, militärischen,

politischen sowie ökonomischen Einfluss über immer größere Teile der Welt zu bekommen und die einzige Supermacht zu bleiben. Auch wenn sich die großen KapitaleignerInnen die Wirtschaft unter den Nagel reißen konnten, war doch das militärische Engagement

"Die weltweiten Rüstungsausgaben lagen 2013 bei 1,26 Billionen Euro. China, Russland und Saudi-Arabien haben ihre Rüstungsbudgets seit 2004 verdoppelt."

Stockholm International Peace Research Institute

der USA in Irak, Afghanistan und anderen Ländern alles andere als von Erfolg gekrönt: Die USA sind kontinuierlich in kriegerische Auseinandersetzungen in den Trümmerstaaten verwickelt, die Region ist massiv destabilisiert, der islamische Fundamentalismus gestärkt. Versuche, stabile Marionettenregierungen zu bilden, scheiterten stets, die USA befinden sich in einer militärischen und weltpolitischen Sackgasse, die sie teuer zu stehen kommt. Der ökonomische und militärische Aufstieg Chinas verlagert das Konfliktpotenzial zunehmend in den Süd-Ost-Pazifik, wo in den letzten Jahren eine starke Aufrüstung der imperialistischen Schiffsflotten zu beobachten war. Kettenrasseln zwischen China und Japan, bis zum Rande militärischer Auseinandersetzungen, sind ein Anzeichen der Instabilität in dieser Region.

Durch die übermäßige Ausbeutung von Mensch und Natur im Kapitalismus werden Ressourcen knapper und es wird schwerer, Profite zu realisieren. Entsprechend härter wird der Kampf um Einflussgebiete

und Absatzmärkte. Auch der "Westblock" ist zerfallen. Konflikte zwischen den einzelnen imperialistischen Staaten nehmen ebenso zu wie zwischen Wirtschaftsblöcken (USA-China-Europa-Russland). Diese Konflikte können in Zukunft durchaus militärische Formen annehmen. Auch wenn US-Präsident Obama den Friedensnobelpreis erhalten hat, setzt die Supermacht USA, aber auch andere imperialistische Staaten weiterhin auch auf die militärische Durchsetzung ihrer Interessen. Neben der Rüstungsindustrie hofft der Großteil des US-Kapitals, durch den Zugriff auf neue Märkte und den Wettbewerbsvorteil gegenüber der Konkurrenz, von dieser Politik zu profitieren, also buchstäblich höhere Profite zu machen.

Die Zahl der bewaffneten Konflikte nimmt zu, teilweise unter direkter Beteiligung der imperialistischen Mächte, teilweise durch StellvertreterInnen. Bei all diesen Kriegen geht es letztlich darum, die jeweiligen wirtschaftlichen Interessen – wenn nötig, auch mit Waffengewalt - zu sichern. Je härter der Wettbewerb in Zeiten der Wirtschaftskrise wird, desto brutaler werden die Mittel zur Durchsetzung von solchen Interessen. Da zeigt sich auch die Hilflosigkeit und Nutzlosigkeit von Organisationen wie der UNO. Sie besteht mehrheitlich aus Regierungen und den Kapitalfraktionen, die sie vertreten und in denen Demokratie und Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Sie ist kein Friedensinstrument, sondern hat Kriege geführt und legitimiert. Die Konflikte zwischen unterschiedlichen imperialistischen Staaten über die Frage von Interventionen (Nordafrika, Naher & Mittlerer Osten, Süd-Ost-Pazifik, aber auch zunehmend in Europa...) zeigen die unterschiedlichen Interessen zwischen unterschiedlichem Kapital, aber keinen unterschiedlichen Zugang zu Krieg und Gewalt. Friede im Kapitalismus ist bestenfalls die Abwesenheit von Krieg, und auch diese ist zeitlich und örtlich begrenzt. Zahlreiche Kriege werden nicht mehr so bezeichnet, weil sie quasi zum Dauerzustand geworden sind, z.B. im Sudan oder der Drogenkrieg in Mexiko.

Kapitalismus bedeutet Ausbeutung

Der Kapitalismus beruht auf der Ausbeutung von Mensch und Natur. Die Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse ist nichts Neues, hat sich jedoch in den 80er und 90er-Jahren des 20. Jahrhunderts verschärft. Bereits seit der Weltwirtschaftskrise Anfang der 70er Jahre spitzten sich die systembedingten Widersprüche des Kapitalismus zu. Zuviel Kapital wurde aufgestaut, das nicht profitabel angelegt werden konnte. Also wurden neue Ventile geschaffen. Dies bedeutete vor allem die Deregulierung der Finanzmärkte, Privatisierungen bisher staatlich garantierter Leistungen und Flexibilisierungen gesicherter Arbeitsverhält-

nisse. All das half den Unternehmen, die Profitrate wieder nach oben zu schrauben. Nach dem Zusammenbruch des Stalinismus boten sich in Osteuropa neue Investitionsfelder (Gesundheitswesen, Immobilienmarkt) an – mit katastrophalen Auswirkungen für die Bevölkerung.

Doch all diese Faktoren waren nur Krücken für ein längst morsches

System. Sie halfen nur, seine Widersprüche für eine gewisse Zeit zu überdecken. 2007/08 brachen sie in der sogenannten "Finanzkrise" (die eine Krise des gesamten kapitalistischen Systems ist) offen aus, um wieder eine verallgemeinerte, globale Wirtschaftskrise ans Tageslicht zu bringen.

"Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muß sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen."

Karl Marx über "Globalisierung" 1848

Diese Widersprüche entstehen aus dem Gegensatz von Privateigentum an Produktionsmitteln und privater Aneignung der Profite einerseits und der gesellschaftlichen Produktion, also dass die Masse der Bevölkerung arbeitet, aber nur einen Teil der von ihr geschaffenen Werte als Lohn/Gehalt bezahlt bekommen, andererseits.

Der Kapitalismus befindet sich seit 2007/08 in einer permanenten Krise: in einer Phase des Niedergangs mit bestenfalls schwachen Aufschwüngen, die die Verluste der vorangegangen Abschwünge nicht wettmachen können. Die rosigsten Aussichten für kapitalistische Staaten in dieser Phase sind Stagnation und Depression – doch neue Einbrüche, seien sie im Finanz–, Immobilien– oder einem sonstigen Sektor drohen jederzeit. Es wird für die KapitalistInnen in Summe immer schwieriger, ihr Geld gewinnbringend zu investieren. Um die Kosten der Krisen abzuwälzen bzw. im Versuch, die Krisen hinauszuschieben, setzten die KapitalistInnen und ihre Parteien international zu einer Welle von neoliberalen Angriffen auf den Lebensstandard der ArbeiterInnenklasse an. Die Arbeitskraft soll weiter ausgepresst werden. Gerade jene Reformen, die auf Grundlage des Nachkriegsaufschwungs erkämpft werden konnten, stehen unter Beschuss.

Im Gegensatz zur Behauptung, dass die Welt immer enger zusammenwächst, findet Handel immer häufiger nur zwischen den imperialistischen Blöcken und innerhalb multinationaler Konzerne statt. Eine immer kleinere Schicht profitiert vom gesellschaftlichen Reichtum. Das Markenzeichen des 20. und 21. Jahrhunderts ist nicht etwa zunehmende Gleichheit über Klassengrenzen hinweg, sondern dass die Reichen immer reicher werden und die Armen immer ärmer.

In den entwickelten kapitalistischen Staaten bedeuten Privatisierung und Abbau der sozialen Sicherungssysteme eine Verschärfung der (genau genommen immer vorhandenen) Zwei-Klassen-Gesellschaft. Nur wer es sich leisten kann, hat künftig eine menschenwürdige und

ausreichende Gesundheits- und Altersversorgung. Besonders betroffen vom Rückzug des Staates aus dem Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich sind Frauen. Im Kapitalismus ist die unbezahlte Arbeit von Frauen von zentraler Bedeutung, da die Verpflegungsund Versorgungsarbeit (Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen, Hausarbeit ...), die für den Weiterbestand einer Gesellschaft unerlässlich ist, gratis und wie selbstverständlich verrichtet wird. Die jährlich erbrachten Familienleistungen, die zu 80 % von Frauen verrichtet werden, entsprechen nach Berechnungen der Statistik Austria bei Annahme eines Mindestlohnes einem Wert von 60 Mrd. Euro für diese Arbeit. In Zeiten der wirtschaftlichen Krise wird den Frauen unter Ausnutzung der ihnen zugedachten Rolle noch mehr Gratisarbeit zugemutet und der Staat aus der Verantwortung entlassen. Das kann auf die Kurzformel gebracht werden: "Eigenversorgung statt staatlicher Unterstützung" oder: "Der Staat spart, und die Frauen müssen mehr arbeiten." Der Abbau der staatlichen Versorgung in diesen Bereichen - unter anderem im Zuge zahlreicher internationaler Verträge wie GATS, dem Lissabon-Vertrag oder dem geplanten TTIP sowie im Rahmen der diversen Sparpakete und "Rettungspakete" unter Aufsicht der Troika – öffnet außerdem ein profitables Investitionsfeld für private Investoren, die diese Dienstleistungen dann an jene verkaufen, die sie sich leisten können.

Die Armen werden immer ärmer

Trotz der Konkurrenz zwischen den verschiedenen Kapitalfraktionen verbindet sie doch das Ziel der Profitsteigerung. Ein besonderes Angriffsziel zur Profitsicherung sind dabei die Länder der sogenannten "3.Welt"; die ex- bzw. neo-kolonialen Staaten.

" 2014 mussten 1,2 Milliarden Menschen mit weniger als 1 Euro pro Tag auskommen." UNO Die Internationalisierung der Weltwirtschaft an sich ist nichts Neues. Schon Marx wies im "Kommunistischen Manifest" darauf hin, Lenin widmete dem Imperialismus ein

ganzes Buch.⁵ Aber die "Globalisierung" mit der Liberalisierung der Finanz- und anderer Märkte, mit dem technischem Fortschritt und dem Drang des Kapitals, die Profitrate zu erhöhen, hat den Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika eine Reihe von "Strukturanpassungsprogrammen" (SAP) beschert.

In den 70er Jahren wurden diese Länder in die Schuldenfalle getrieben, sodass sie heute meist nicht einmal die Zinsen der Kredite zurückzahlen können. In den 1980er-Jahren verschlechterte sich ihre Situ-

ation durch den Fall der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt und den Anstieg der Zinsen. Zuerst wurden sie gezwungen, mit Monokulturen für den Export zu produzieren, dann wurden sie ihre Produkte nur mehr zu Schleuderpreisen los. In den 1990er-Jahren wurden die neokolonialen Länder für die imperialistischen Staaten als Absatzmärkte interessant, da die Konkurrenz unter den entwickelten kapitalistischen Staaten immer größer wurde. Weltweit rollt unter dem Diktat von internationalen Einrichtungen des Kapitals wie Internationaler Währungsfonds (IWF), Weltbank, World Economic Forum/Weltwirtschaftsforum (WEF) und Welthandelsorganisation (WTO) eine Wel-

le von "Flexibilisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen". Konkret bedeutet das, dass privatisiert wird. Dabei werden Arbeitsplätze vernichtet. Es wird staatliche Unterstützung für sozial Schwache gestrichen (vor allem in den ärmsten Ländern der Welt), Arbeitsschutzgesetze werden aufgeweicht, die Märkte

"Äcker könnten heute mehr als 10 Milliarden Menschen ernähren."

Environmental Research Letters, 2013

"Gleichzeitig sterben pro Jahr 3,5 Millionen Menschen an Unterernährung."

Caritas

der ärmeren Staaten werden zwangsweise geöffnet und die heimische Wirtschaft zerstört oder ausverkauft. Dadurch schafft sich das internationale Kapital Märkte.

Die Krokodilstränen, die auf internationalen Tagungen (auch der UNO) vergossen werden, sind eine Verhöhnung jener Milliarden Menschen, die unter der Politik des internationalen Kapitals tagtäglich leiden. Die Unfähigkeit des Kapitalismus, allen Menschen ein sicheres Leben zu geben, hat auch dazu beigetragen, religiös fundamentalistische Kräfte zu stärken. Sie füllen oft das Vakuum, das durch die Zerschlagung von Sozialsystemen, die Zerstörung von Infrastruktur und die Ausbeutung des Landes entsteht, durch soziale Hilfsmaßnahmen vor Ort. Gekoppelt mit der rassistischen Politik der imperialistischen Staaten entsteht hier ein fruchtbarer Boden für religiösen Fundamentalismus, der für Kriege benützt wird und doch nur von der Ursache der Probleme, nämlich dem Kapitalismus, ablenkt. Das Versagen und der Niedergang ehemaliger nationaler Befreiungsbewegungen und der Linken eröffnete auch auf politischer Ebene den FundamentalistInnen oftmals Tür und Tor. Der Zynismus des "Westens" gipfelt in der Abschottung gegen Flüchtlinge und der Abschiebung eben jener Flüchtlinge, die wegen der Armut, der Kriege und der Umweltzerstörung ihre Länder verlassen müssen. Würden Reichtum und Ressourcen weltweit gerecht verteilt und zum Nutzen der Allgemeinheit eingesetzt, könnten Armut und Elend - und damit auch die Notwendigkeit zu fliehen - beseitigt werden.

Die Schuldenfalle hat spätestens seit Ausbruch der Krise auch die sogenannte "1. Welt" erreicht. Die gigantischen Bankenrettungspakete und Geschenke an Konzerne katapultierten die Staatsschulden in den USA und in Europa in die Höhe. Nun wird, im Namen der Schuldenreduktion, gekürzt und privatisiert, was das Zeug hält. Als SozialistInnen spielen wir dieses mörderische Spiel nicht mit. Staatsschulden werden nicht von der breiten Bevölkerung gemacht, sondern von Regierungen, die nach der Pfeife von Banken und Konzernen tanzen. Es sind nicht unsere Schulden, egal ob in Nigeria, Griechenland oder Österreich, und wir werden sie nicht bezahlen. Die SLP und ihre internationalen Schwesterorganisationen treten klar für eine Nichtbezahlung der Schulden ein.

Die Reichen werden immer reicher

Während auf der einen Seite die Armut zunimmt, steigt gleichzeitig auch der Reichtum. In der Wirtschaftskrise hat sich die Ungleichverteilung der existierenden Reichtümer – in Österreich und international – verschärft. Alle Krisenbekämpfungsprogramme der Herrschenden verschärfen die Umverteilung von unten nach oben noch. Die Wut über die reichen Eliten wird durch deren Korruptheit und Dekadenz noch angeheizt. PolitikerInnen, die öffentliche Gelder als Selbstbedienungsladen für sich und ihre FreundInnen betrachten und damit auch noch ungeschoren davonkommen. MillionärInnen, die ihren Reichtum zur Schau stellen und bestenfalls ein paar Almosen davon abgeben. Eine Gesellschaft, die an allen Ecken und Kanten Zerfallserscheinungen zeigt in Form von steigender Gewalt, Zunahme von psychischen Erkrankungen und Drogenmissbrauch.

"In Österreich besitzt das reichste 1 % ca. 469 Milliarden Euro. Das ist mehr als 90 % der restlichen Bevölkerung." Arbeiterkammer Linz 2014 Der vorausschauendere Teil der herrschenden Klasse hat verstanden, dass das Fass schon übervoll ist. Aus ihren Kreisen kommen Appelle für kleinere Umverteilungsmaßnahmen, um den Druck wegzuneh-

men. Doch abgesehen davon, dass diese von der Mehrheit der Elite und ihren VertreterInnen in der Politik ohnehin nicht umgesetzt werden, werden sie an der himmelschreienden Ungerechtigkeit nichts ändern. Denn die Ursachen der sozialen Probleme sind nicht nur die zweifellos existente und zu bekämpfende Gier einiger Superreicher, sondern die Widersprüche des Kapitalismus an sich.

EU: Das Europa des Kapitals und kein Friedenswerk

Die Europäische Union (EU) ist ein Instrument des europäischen Kapitals zur Profitsicherung. Einerseits soll den konkurrierenden Wirtschaftsblöcken ein starker europäischer Block entgegengesetzt werden. Andererseits dient die EU mit Hilfe ihrer diversen Verträge (Maastrichtvertrag, Fiskalpakt, ESM ...) als Waffe gegen die ArbeiterInnenklasse. Die EU-Osterweiterung hat nicht die Verbesserung des Lebensstandards der Menschen in Osteuropa zum Ziel. Die vorhandenen Hoffnungen in diesen Ländern, mit Hilfe der EU der Armut zu entfliehen, werden enttäuscht werden, bzw. sind bereits enttäuscht worden. Seit der Wiedereinführung des Kapitalismus wurden diese Länder zu interessanten neuen Märkten und billigen Produktionsstätten besonders für das westeuropäische Kapital. Dabei wurden Arbeitsplätze vernichtet und Millionen Menschen in die Armut gedrängt. Im Gegensatz zu den vollmundigen Ankündigungen hat das westliche Kapital nicht investiert, um Wohlstand für breite Schichten der Bevölkerung zu schaffen. Viele Firmenübernahmen und Aufkäufe

erfolgten mit dem Ziel, die lukrativen Teile bzw. Immobilien herauszulösen ("Asset Stripping") oder Konkurrenz loszuwerden. Österreichische Unternehmen und Banken haben in diesem Prozess eine führende Rolle eingenommen und dominieren in

"2013 lebten 124 Millionen Menschen (24,8 %) in der EU unter der relativen Armutsquote (ein Haushaltseinkommen von weniger als 60 % des Durchschnittseinkommens)."

Eurostat

einigen Ländern Mittel- und Osteuropas z.B. den Finanz- oder auch Bausektor.

In Osteuropa und den Staaten der ehemaligen Sowjetunion sehen wir heute einen verhältnismäßig schwachen, vom Ausland bzw. wenigen Oligarchen-Familien abhängigen Kapitalismus. Es gibt starken Einfluss von Mafia-Clans und eine korrupte bzw. nur rudimentär vorhandene demokratische Herrschaft. Dies liegt keineswegs daran, dass die Menschen in diesen Ländern nicht "reif" für die Demokratie wären (immerhin war Demokratie das zentrale Ziel der Bewegungen in Osteuropa 1989–91), sondern dass die bürgerliche Demokratie nur eine der möglichen Herrschaftsformen des Kapitalismus ist. Die in Osteuropa herrschenden mafiösen Strukturen in der Politik entsprechen den mafiösen Strukturen der Wirtschaft und das westliche Kapital agiert hier überhaupt nicht anders. Bei der Eingliederung der Oststaaten geht es dem europäischen Kapital nicht darum, "westli-

chen" Wohlstand oder gar Demokratie zu verbreiten, sondern um einen direkten Zugang ohne Zölle oder sonstige Beschränkungen. Damit bestünde ein Vorteil gegenüber dem US- und dem chinesischen Kapital. Jede nationale Elite möchte sich möglichst weitreichende Herrschaftsansprüche und Einflusssphären sichern. Das führt unausweichlich zu Konflikten wie z. B. "kleine" gegen "große" Staaten in der EU. Deutlich wurde dies in der Frage des Irak-Krieges. Die nationalen Widersprüche sind auf kapitalistischer Grundlage nicht überwindbar. Die EU dient Kapital-Interessen. Sie ist zutiefst undemokratisch, vertritt imperialistische Wirtschaftsinteressen und setzt diese auch mit militärischer Gewalt durch. Mittlerweile ist die EU zudem der größte Waffenexporteur der Welt.

Die Realität spricht eine andere Sprache als die Hochglanzbroschüren und Wohlfühlpropaganda der EU: Seit dem Ausbruch der Krise 2007/08 tritt die Widersprüchlichkeit der EU immer offener zutage. Es wird immer offensichtlicher, dass ein "vereintes Europa" auf kapitalistischer Basis unmöglich ist. In der Krise setzen Kapitalfraktionen verstärkt auf ihre Nationalstaaten, um ihre in Gefahr geratenen Profite zu sichern. Im Kapitalismus herrscht die allgemeine Konkurrenz - auch unter Nationalstaaten. Und besonders. wenn der Kuchen in der Krise kleiner wird, treten nationalstaatliche Eigeninteressen stärker hervor. Der deutsche Kapitalismus hat die Krise genutzt, um seine Vormachtstellung in Europa einzuzementieren. Die großen Gewinner des Kahlschlags in Griechenland waren deutsche Firmen, die sich billig privatisierte Wirtschaftseinheiten unter den Nagel reißen konnten und Banken, deren Profite gesichert wurden. Anstatt Europa zu vereinen, treibt das Spardiktat der EU die EuropäerInnen noch weiter auseinander: Rechtspopulistische Kräfte können durch nationalistische Scheinlösungen punkten. Scheinbar geklärte, doch in Wahrheit nur oberflächlich gelöste nationale Konflikte brechen aufgrund der Sparpolitik wieder auf, wie in Nordirland, Schottland oder Katalonien. Die SLP und das CWI verteidigen das Recht auf nationale Selbstbestimmung bis hin zur Abspaltung und Gründung eines eigenen Staats. Doch wir warnen auch vor Illusionen, dass dies auf kapitalistischer Basis die grundlegenden Probleme der Gesellschaft lösen würde. Wir wollen ein vereintes Europa – doch unsere BündnispartnerInnen dafür sind die kämpfenden ArbeiterInnen in ganz Europa, die Massen von Menschen, denen die EU nichts zu bieten hat als Scheindemokratie und Neoliberalismus. Mit ihnen wollen wir für die vereinigten sozialistischen Staaten von Europa kämpfen, als Schritt zu einer sozialistischen Welt.

Ein System voller Widersprüche⁷

Die Ursache für die momentane Situation liegt im kapitalistischen System selbst. Wie auch schon in vorhergegangenen Klassengesellschaften bereichert sich eine kleine Schicht auf Kosten der Mehrheit. Seit gesamtgesellschaftlich mehr produziert als unmittelbar verbraucht wird, hat sich eine Schicht bzw. Klasse in der Gesellschaft über die andere(n) erhoben und auf deren Kosten gelebt. Im Kapitalismus stehen einander die KapitalistInnen auf der einen und die ArbeiterInnenklasse (auch 'Proletariat' genannt) auf der anderen Seite gegenüber. Die Existenz des Proletariats wird heute v.a. in den entwickelten Industriestaaten von manchen in Frage gestellt. Doch niemals zuvor in der Menschheitsgeschichte war der Anteil jener Menschen an der Bevölkerung, die nichts zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft, so groß wie heute. Ob wir als VerkäuferIn, IndustriearbeiterIn, Bankangestellte/r, LehrerIn oder LandarbeiterIn arbeiten oder ob wir arbeitslos sind – es ändert nichts

daran, dass wir in diesem System nur überleben können, wenn wir unsere Arbeitskraft verkaufen oder von jemandem abhängen, der seine/ihre Arbeitskraft verkauft. Obwohl die Mehrheit der Menschen darauf angewiesen ist,

"147 Unternehmen kontrollieren 40 % der globalen Wirtschaft – 737 kontrollieren 80 %."

Studie der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) Zürich, 2011

ihre Arbeitskraft zu verkaufen, verweigert der Kapitalismus weltweit dem Großteil der Menschheit Arbeitsplatz bzw. ein Einkommen zum Auskommen.

Weltweit erhalten ArbeiterInnen nur einen Bruchteil des von ihnen erarbeiteten Wertes in Form von Löhnen, Gehältern und Sozialleistungen (die sie über Steuern und Sozialabgaben ohnehin selbst finanzieren) zurück. Den größten Teil dieses im Produktionsprozess neugeschaffenen Wertes behalten die KapitalistInnen. Diese private Aneignung von Mehrwert, der nur zum (immer kleiner werdenden) Teil reinvestiert wird, führt zu einer ungleichen Verteilung von Reichtum auf der Welt. Diese Ungerechtigkeit herrscht nicht einfach zwischen "Nord" und "Süd". Nicht wir sind schuld an der Ausbeutung der Menschen in der "3.Welt", wenn wir billigen Reis, Kaffee oder Bananen kaufen. Die Ungerechtigkeit herrscht zwischen ArbeiterInnen und KapitalistInnen: zwischen jenen, die Produktionsmittel besitzen und solchen, die keine besitzen⁸.

Dass es im Kapitalismus zu Krisen kommt, liegt nicht an der individuellen Unfähigkeit eines/r Unternehmers/in oder eines Staates. Es ist fixer Bestandteil des Systems. Der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion (die Massen der ArbeiterInnenklasse produ-

zieren) und der privaten Aneignung (nur eine Handvoll KapitalistInnen streicht die Profite ein) ist die Grundlage für Ausbeutung und für die Krisen im Kapitalismus. Darüber hinaus sind diese immer wiederkehrenden Krisen das Ergebnis von Überproduktion bzw. sogar Überakkumulation (Anhäufung von Kapital). Nicht aus Mangel, sondern aus Überfluss entstehen im Kapitalismus Krisen. Mangel gibt es bezüglich dessen, was sich Menschen leisten können.

Auf und ab

Die Ausbeutung und der Lebensstandard der ArbeiterInnen hat sich im Laufe des 19. und 20. Jahrhundert immer wieder verändert. Während der beiden Weltkriege und in den Wirtschaftskrisen verschlechterte sich die Situation von Millionen. Im Nachkriegsaufschwung der 1950er und 60er Jahre, welcher wegen der immensen Vernichtungsorgie während des 2. Weltkriegs möglich wurde, konnten Millionen ArbeiterInnen in den entwickelten kapitalistischen Ländern zu einem gewissen Wohlstand kommen. Dieser Aufschwung legte nicht nur die ökonomi-

"Als Folge der Weltwirtschaftskrise verloren bis 2013 6 Millionen EuropäerInnen ihren Job." Eurofund "Die globalen Schulden wuchsen um 43 % auf 100 Billionen Dollar."

Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)

sche Grundlage für Zugeständnisse des Kapitals. Er führte auch dazu, dass die ArbeiterInnenklasse ihre Chance sah, Verbesserungen ihrer Lebensbedingungen zu erkämpfen. Keine Arbeitszeitverkürzung, keine Lohnerhöhung, keine Sozialleistung wurde uns

geschenkt. Jede einzelne wurde erkämpft: entweder durch Demonstrationen und Streik direkt, oder durch Verhandlungen, die drohende Streiks im Rücken hatten. Zu dieser Zeit existierten auch die brutalen stalinistischen Diktaturen. Doch die relative soziale Sicherheit im Osten, setzte den Westen unter Druck, den Lebensstandard der westlichen ArbeiterInnenklasse zu verbessern.

Kapitalismus führt immer wieder zu Krisen. Die Auswirkungen und Kosten dieser Krisen muss die ArbeiterInnenklasse tragen. Auch jene, die eine gute Ausbildung haben, sind davor nicht gefeit. Ein Beispiel für unsere mögliche Zukunft ist die Entwicklung Argentiniens: Über den Slums in Buenos Aires hängt ein Schild "Willkommen bei der Mittelschicht". In den 1980er Jahren entwickelte sich in Argentinien eine Mittelschicht mit einem Lebensstandard wie in Mitteleuropa. Die Wirtschaftskrise in den 1990er Jahren hat zu ihrer totalen Verarmung geführt. Der Massenauswanderung junger, gebildeter Menschen auf der Suche nach Arbeit aus Irland, Portugal und Griechenland im Zuge der Eurokrise deutet auf ähnliche Entwicklungen hin.

Kapitalismus mit menschlichem Antlitz?

Wie auch in der Vergangenheit finden unter jenen, die sich an den Kämpfen beteiligen, hitzige Diskussionen über Ursachen der Krise und mögliche Alternativen statt. Diese kreisen letztlich immer wieder um die Frage "Reform oder Revolution". Die Antworten hängen von der Analyse der zugrundeliegenden Probleme ab. In den letzten Jahren (auch als Revival zu früheren Debatten) haben wir hier bei Teilen der KritikerInnen eine Konzentration auf den Finanzsektor gesehen. Angesichts der entfesselten und wildgewordenen Finanzmärkte, die von den Kürzungspaketen profitieren, ist dieser Zugang verständlich. Doch er stellt eine beschränkte und damit falsche Analyse des Kapitalismus dar. Das Finanzwesen ist ein integraler und notwendiger Bestandteil des Kapitalismus und die Wahnsinnigkeiten, die wir an den Finanzmärkten sehen, sind nur Ausdruck der Krise des Kapitalismus an sich. Banken- und Industriekapital sind längst verschmolzen, zu dem, was MarxistInnen "Finanzkapital" nennen. Banken sind an Industrieunternehmen beteiligt, haben Vertreter in deren Vorständen sitzen und umgekehrt (so ist zum Beispiel die Raiffeisenbank an der Voest Alpine, Strabag, NÖM, Energie AG,... beteiligt.) Alle Ansätze in Richtung Reform des Kapitalismus durch z.B. Regulierung der Finanzmärkte greifen daher zu kurz.

Lässt sich der Kapitalismus zu einem mit "menschlichem Antlitz" reformieren? Diese Ansätze finden wir bei VertreterInnen des (Neo-)Keynesianismus, darunter auch "linken" oder "kapitalismuskritischen" Kräften wie bei den Grünen, Attac etc. und bei jenen, die an Institutionen wie EU, IWF, UNO etc. appellieren. Oder hat die Menschheit nur mit dem

"Der Trend der Militarisierung der Polizei wurde in den vergangenen Jahrzehnten erkennbar. Im Waffenbereich ist das verfügbare Repertoire deutlich bürgerkriegsaffin geworden.

Reinhard Kreissl.

wissenschaftlicher Leiter des Wiener Instituts für Rechts- und Kriminalsoziologie, 2014

Sturz des Kapitalismus und der Beseitigung des Profitsystems eine Zukunft?

Seit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise werden Hoffnungen auf einen "menschlichen" Kapitalismus mit jedem Tag illusionärer. Tatsächlich wird der Kapitalismus weltweit immer repressiver. Proteste werden brutal niedergeschlagen, unter dem Vorwand der "Terrorbekämpfung" werden demokratische Grundrechte ausgehebelt. Wo immer Menschen anecken, insbesondere Menschen, die sich gegen die Auswirkungen des Kapitalismus aktiv wehren, sind sie mit einer hochgerüsteten, immer aggressiveren Staatsgewalt konfrontiert. Waren Polizeiübergriffe gegen Demonstrationen früher eher die Ausnahme, gibt es heute häufig antifaschistische Demonstrationen, bei der es zu brutaler Polizeigewalt kommt. Auch Überwachung nimmt auf allen Ebenen zu, der NSA-Skandal ist hier nur die Spitze des Eisberges. In Österreich kommen korrupte PolitikerInnen ungeschoren davon. Politische AktivstInnen sehen sich zunehmend mit Versuchen konfrontiert, sie mit teuren Strafen und Klagen davon abzuhalten, Missstände aufzuzeigen und zu bekämpfen. Der Kampf um die Verteidigung demokratischer Grundrechte und gegen die zunehmende Repression ist daher heute wieder wichtiger geworden als in der Vergangenheit. Bewegungen gegen ACTA, Vorratsdatenspeicherung, TTIP & Co. können wichtige Punkte der Politisierung sein, die wir als SozialistInnen aufgreifen. Doch wir bleiben nicht dabei stehen, sondern zeigen die Verantwortung des kapitalistischen Systems auf, dass dahinter steht.

Wir SozialistInnen unterstützen und kämpfen selbstverständlich für jede einzelne Reform, die das Leben von ArbeiterInnen u.a. verbessert. Gerade um solche Reformen abzusichern und auszuweiten, ist es notwendig, eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Bedingungen zu erreichen. Reformen sind im Kapitalismus nur von kurzer Dauer; angesichts von Wirtschaftskrisen und dem Interesse der Unternehmerschaft geraten sie schnell wieder unter Beschuss. Wir beantworten die Frage "Reform oder Revolution?" mit einem klaren "sowohl als auch"!9

Der Neokeynesianismus (also die Hoffnung, durch staatliche Investitionen bzw. direkte Zahlungen des Staates an verschiedene Bevölkerungsgruppen die Nachfrage und damit die Wirtschaft anzukurbeln), in den insbesondere VertreterInnen aus der Gewerkschaftsbewegung Hoffnung setzen, ist immer durch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung begrenzt. Eben weil er im Rahmen des Kapitalismus bleibt, muss er sich auch den Spielregeln des Kapitalismus anpassen.

Der Kapitalismus hat sehr unterschiedliche Ausprägungen: in reichen Ländern wie Österreich gibt es noch die Reste der sozialen Sicherungssysteme, keine Hungertoten und zumindest Wahlen. In anderen Ländern herrschen soziales Elend und Diktaturen. Wäre es nicht möglich, den Kapitalismus zu regulieren, damit es nicht mehr zu Krisen kommt und damit alle Menschen einen gesicherten Lebensstandard haben? Obwohl das eine von Vielen gehegte Hoffnung ist, ist es doch eine Illusion. Der Kapitalismus beruht auf der Ausbeutung des Menschen. Um Profite zu machen, ist es notwendig, Menschen in der "3. Welt" massivst auszubeuten. Ebenso ist es notwendig, auch in Österreich den ArbeiterInnen weniger zu zahlen, als sie erwirtschaften. KapitalistInnen, die aus dieser Logik ausbrechen, weil sie "gute Menschen" sind, können das nicht lange durchhalten. Sie werden scheitern – denn im Rahmen des Kapitalismus wird nicht ausgebeutet, weil einzelne Kapi-

talistInnen "gut" oder "böse" sind, sondern weil die Gesetzmäßigkeiten des Systems es notwendig machen. Natürlich ist es möglich, im bestehenden Rahmen Verbesserungen für die ArbeiterInnenklasse oder Teile der ArbeiterInnenklasse erreichen zu können. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen jedoch, wie zeitlich begrenzt und unsicher diese Errungenschaften sind. Wer die Ausbeutung der Menschen beenden will, muss das System, das zu Ausbeutung führt, beseitigen.

Die Demokratie, in der wir leben, ist sehr beschränkt. In Schule, Uni und am Arbeitsplatz gibt es keine wirkliche Demokratie. Selbst wo demokratische Rechte erkämpft wurden, wie Betriebsrat, Personal-bzw. SchülerInnenvertretungen, sind deren Rechte begrenzt und werden in der Praxis weiter beschnitten. Argumentiert werden Machtposition und Privilegien der Unternehmer mit ihrer "höheren Verantwortung". Tatsache ist, dass die Mehrheit der Konkurse auf Fehler des Managements zurückzuführen sind. Ausbaden müssen das die Beschäftigten. Die Leistung in einem Betrieb und die Verbesserungsvorschläge werden von den Beschäftigten erbracht, den Gewinn streichen die UnternehmerInnen ein. Aber die ArbeiterInnen, die die Werte erschaffen, sollten auch entscheiden, was und wie produziert wird. Sie sollen sich ihre VertreterInnen und Vorgesetzten selbst wählen können.

Wir haben zwar die Möglichkeit, ein Parlament zu wählen. Auf die Arbeit der ParlamentarierInnen bzw. der Regierung haben wir aber keinen Einfluss. Wir können sie nicht abwählen und kaum zur Verantwortung für ihre Politik ziehen. Besonders in der Krise ist es offensichtlich, dass es echte Demokratie im Kapitalismus nicht gibt. Schon kurz nach dem Ausbruch wurden in den am stärksten betroffenen EU-Ländern gewählte Regierungen durch "ExpertInnenregierungen" von der EU weggeputscht. Das Spardiktat duldet keine Möglichkeit, sich zur Wehr zu setzen, nicht einmal mit den beschränkten Mitteln der bürgerlichen Demokratie. Kein Wunder, dass die Menschen in Österreich und international immer weniger Vertrauen in "die Politik" haben. Doch das ist ein Ausdruck von genereller "Politikverdrossenheit". Es ist die Folge der täglichen Erfahrung, dass die etablierten Parteien nach der Pfeife der Banken und Konzerne tanzen und sich nicht um die WählerInnen scheren. Politik wird in Österreich und international von der Regierung in Abhängigkeit von der Wirtschaft gemacht. Allein deshalb ist die "Demokratie" beschränkt. Darüber hinaus wird die Mehrzahl der wirklich wichtigen Entscheidungen völlig undemokratisch und von Wenigen in Konzernetagen, Polizei, Geheimdiensten, Armee und Justiz-System gefällt. Dieser Apparat stellt durch seine von periodischen Wahlen relativ unabhängige "Kontinuität" einen der dominierenden Machtpole in der kapitalistischen Gesellschaft dar. Die Demokratie endet im Kapitalismus dort, wo sie Einfluss auf die Profite der Unternehmen zu nehmen droht. Ein Kapitalismus mit menschlichem Antlitz ist eine Illusion.

Die Alternative zum Chaos des Kapitalismus ist eine sozialistische Gesellschaft. Eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Eine Gesellschaft, in der die Wirtschaft sich im kollektiven Eigentum und unter der demokratischen Kontrolle der Beschäftigten selbst befindet. Eine Gesellschaft, In der sich die Produktion nicht nach Profit, sondern nach den Bedürfnissen von Mensch und Natur richtet und zu diesem Zweck nicht eine Minderheit, sondern alle Menschen in wirklich demokratischer Weise entscheiden, wie und was produziert wird. Sozialismus ist keine Utopie, sondern Notwendigkeit. Sozialismus ist nicht eine, sondern die einzige Alternative.

Es regt sich Widerstand

Der Kapitalismus ist nicht fortschrittlich. Er beweist täglich seine Unfähigkeit, für die Mehrheit der Menschen ein sinnvolles, friedliches und erfülltes Leben ohne Ausbeutung zu gewährleisten. Forschung wird nicht dort finanziert, wo es am dringendsten notwendig ist (z.B. Seuchenbekämpfung usw.), sondern wo Profite, allzu oft militärische, winken. Schon längst haben sich "Produktivkräfte" in "Destruktivkräfte" verwandelt. Der Kapitalismus brachte und bringt Kriege, Armut für jene ohne, Überarbeitung für jene mit Arbeitsplatz. Hunger für jene ohne, Gift für jene mit Nahrung. Die Umwelt wird zerstört, Tierarten ausgerottet, Menschen wie Waren von einem Land ins andere verkauft. All das sind keine "Fehlentwicklungen", sondern gehören zum Kapitalismus wie die Hitze zur Sonne. Von selbst oder durch "Einsicht

Die "Global Database of Events, Language, and Tone" (GDELT) zählte 1979–2014 250 Millionen Demonstrationen, Streiks und Aufstände. Der größte Teil davon passierte nach 2000. der Mächtigen und Herrschenden" wird sich daran auch nichts ändern. Die Sozialistin Rosa Luxemburg hat es bereits 1916 treffend ausgedrückt: "Sozialismus oder Barbarei".

Menschen, die sich gegen die Ungerechtigkeiten und Miss-

stände des Kapitalismus wehrten, gibt es seit seinen Anfängen. Es waren Gewerkschaften und ArbeiterInnenparteien, Frauen-, Unabhängigkeits-, Friedens- und UmweltaktivistInnen. Das 20. Jahrhundert war nicht nur jenes des Niedergangs des Kapitalismus, sondern auch jenes von erbitterten Kämpfen und Revolutionen. Auf die erste erfolgreiche – und bis heute einzige – sozialistische Revolution in Russland im Oktober 1917 folgte der Widerstand gegen den Faschismus und die Unabhängigkeitsbewegung in der kolonialen Welt. Die entwickelten kapitalistischen Länder sahen die Bewegungen von 1968 (vor allem Frankreich) und im Gefolge der Weltwirtschaftskrise Anfang der 1970er

Jahre revolutionäre Erhebungen in Portugal und Griechenland. Bei all diesen Bewegungen ging es darum, das System zugunsten der breiten Masse der Bevölkerung zu verändern oder ein neues zu errichten. Auch die Menschen, die 1989-91 in Osteuropa gegen die stalinistische Herrschaft auf die Straße gingen, taten dies nicht für eine Profitwirtschaft, sondern für ein besseres Leben und eine gerechte Gesellschaft.¹⁰

Internationaler Widerstand¹¹

Durch die Verbrechen der Stalinismus, den scheinbaren Sieg des Kapitalismus 1989/90, und weil die Sozialdemokratie verbürgerlichte, also keine ArbeiterInnenpartei mehr war, ist das Bewusstsein der ArbeiterInnenklasse und der unterdrückten Schichten zurückgeworfen worden. Das gab und gibt reaktionären Ideologien und Verhaltensmustern (z.B. traditionellen Rollenbildern) einen breiteren Raum als z.B. in den 1970er Jahren. Erst in den letzten Jahren hat hier wieder ein Umschwung stattgefunden. Kapitalismus hat sein positives Image verloren. Doch es fehlt in großen Schichten noch die Idee für echte Alternativen. Das Bewusstsein hat sich zwar radikalisiert, ist aber nach wie vor weit hinter jenem klassenbewussten sozialistischen bzw. radikalen Bewusstsein zurück, das z.B. in den 1920er oder 1970er Jahren existierte. In den Bewegungen die stattfinden gibt es daher auch eine Debatte über politische Ideen.

Denn das neue Jahrtausend steht im Zeichen des Widerstands gegen dieses System. In den 2000er Jahren spiegelte sich der Unmut in der globalen Protestbewegung und der Antikriegsbewegung wider. Millionen Menschen waren auf Demonstrationen in Se-

"Eine Mehrheit der unter 30-Jährigen US-AmerikanerInnen sehen Sozialismus positiver als Kapitalismus. Unter Schwarzen, Frauen und Armen ist die Zustimmung noch höher."

Pew Research Center, 2010

attle, Prag, Nizza, Quebec, Genua, Porto Alegre, Florenz, Salzburg, ... gegen den "globalen Kapitalismus" auf der Straße. Sie taten dies nicht aus Nationalismus, sondern weil "Globalisierung" jene neoliberale Politik zusammenfasst, unter der wir alle leiden. Der internationale und internationalistische Charakter wurde Anfang 2003 deutlich, als Millionen sich weltweit an der Bewegung gegen den Krieg im Irak betei-

Eine neue Qualität stellen die sozialen Bewegungen seit dem Ausbruch der Krise 2007/08 dar. Im ersten Krisenzentrum, den USA, brach die "Occupy Wall Street"-Bewegung aus. Millionen Menschen hatten durch die Krise ihre Jobs und durch das Platzen der Immobilienblase ihre Häuser verloren. Als im Herbst 2011 einige

AktivistInnen den Zucotti-Park in New York besetzten, traten sie eine Lawine los. Occupy-Demonstrationen breiteten sich zuerst in den ganzen USA, später international aus. Slogans wie "Wir sind die 99% "wurden internationale Kampfparolen. Inspiriert von Occupy besetzten zehntausende v.a. Junge Menschen in Südeuropa öffentliche Plätze wie den Syntagma-Platz in Athen oder die Puerta del Sol in Madrid und kämpften für "echte Demokratie jetzt". Die Bewegungen blieben jedoch auf Demonstrationen und Platzbesetzungen beschränkt und gingen mangels Perspektive wieder zurück. Ein Verdienst bleibt jedoch: Occupy zeigte vielen Menschen die Ungerechtigkeiten und Widersprüche, die der Kapitalismus produziert und fördert. Viele Menschen beschäftigten sich erstmals mit Alternativen zum vorherrschenden System und bewegten sich nicht nur in Richtung Antikapitalismus, sondern auf Grund der Diskussionen, welche in und um Occupy stattfanden, auch in Richtung Sozialismus.

Eine noch folgenschwerere Flutwelle löste der Tunesier Mohamed Bouazizi aus, als er sich Ende 2010 aus Verzweiflung über seine soziale Lage und die Erniedrigung durch die Behörden selbst in Brand setzte. Eine Massenbewegung gegen die Diktatur Ben Alis brach aus, angefacht von Armut, Arbeitslosigkeit, steigenden Lebensmittelpreisen und dem Fehlen grundlegender demokratischer Rechte. Die Revolte breitete sich auf die Nachbarländer aus, in denen die Menschen unter denselben Bedingungen litten. Diese Aufstände widerlegten auch eindrucksvoll Vorurteile über "demokratiefaule Araber" usw. Die Regimes antworteten mit brutalster Repression und schreckten nicht davor zurück, ihre eigene Bevölkerung in einen blutigen Krieg zu hetzen, um an der Macht zu bleiben. Der "Arabische Frühling" war und ist vor allem eine soziale Explosion, ausgelöst durch die zugespitzten Widersprüche des krisengeschüttelten Kapitalismus. Auch wenn die Revolutionen zurückgeschlagen und teilweise in BürgerInnenkriegen aufgerieben wurden: Keine Militärdiktatur, keine westliche Intervention und keine "demokratische" Regierung aus neuen oder alten Eliten wird dauerhafte Stabilität bringen. Denn sie stehen auf dem Boden des Kapitalismus, dessen Versagen die Aufstände losgetreten hat. Nur ein kompletter Sieg der ArbeiterInnenklasse und der Armen durch die Verstaatlichung der örtlichen Ressourcen, die Enteignung der Eliten und die Vergesellschaftung und Übernahme der zentralen Wirtschaftseinheiten durch die Bevölkerung, über ethnische und religiöse Grenzen hinweg, kann das Blutvergießen gestoppt wer-

In den 2010er Jahren verschob sich das Krisenzentrum nach Europa und v.a. in die EU. Die Krise machte klar, dass ein vereintes

Europa auf kapitalistischer Basis unmöglich ist. Es standen wieder verschiedene nationale kapitalistische Interessen im Vordergrund. "Gemeinsame" Institutionen wie der Euro funktionierten nach den Bedürfnissen der stärksten Kapitalfraktionen (v.a. der deutschen) und rissen konkurrierende Staaten wie Griechenland in den Abgrund. Vor allem in Südeuropa brachen riesige Streikbewegungen aus. Die ArbeiterInnen dieser Länder wehrten sich leidenschaftlich gegen die völlige Zerschlagung ihrer Lebensstandards. 2010-2014 gab es in Griechenland 36 Generalstreiks, in Spanien gab es alleine 2012 1300 Streiks. Es mangelte nicht an der Kampfbereitschaft, wohl aber an einer Strategie, einer Perspektive und einer Führung.

Auch in China, der "Werkbank der Welt" drängt die ArbeiterInnenklasse nach vorne. Alleine 2011 gab es 180.000 "größere Zwischenfälle" (Streiks, Demonstrationen, unerlaubte Kundgebungen usw. mit mehr als 500 TeilnehmerInnen). Unternehmen wie Toyota, Honda, Samsung, Wal-Mart, Nokia, Nike, Adidas,

Apple wurden seither Ziele von riesigen Streiks.

Auch die "Hoffnungsträger" einer globalen wirtschaftlichen Erholung wurden von Krisen und Klassenkämpfen erfasst. Die Massenbewegung gegen die türkische Regierung 2013 war nur der Auftakt für monumentale Kämpfe in der Türkei, deren Wirtschaftsaufschwung auf Sand gebaut ist. Rund um die Fußball-WM 2014 brachen in Brasilien, wie im Sommer davor, riesige Demonstrationen, Streiks und Landbesetzungen aus. Südafrika, einer der wichtigsten Exporteure von Gold, Platin und seltener Metalle, wird seit 2012 von Massenstreiks in der Minenindustrie heimgesucht. Hunderttausende ArbeiterInnen streikten gegen Arbeitsbedingungen wie im 19. Jahrhundert. Seit 34 von ihnen von der Polizei in Marikana erschossen wurden, befinden sich große Teile der südafrikanischen ArbeiterInnenklasse in unversöhnlicher Feindschaft zu Staat und Regierung.

Doch trotz all dieser Massenbewegungen, trotz des Endes des neoliberalen Konsens, der in den 1990er Jahren noch zu herrschen schien, sind die Regierungen im wesentlichen mit ihren Angriffen durchgekommen. Brutale Kürzungsprogramme wurden umgesetzt, demokratische Rechte abgebaut. Es hat nicht an der Bereitschaft gemangelt, sich dagegen zu wehren, sondern an der politischen Kraft, die die Kämpfe zusammenführt und ihnen Programm und Perspektive gibt. Das Fehlen von revolutionären Massenparteien, oder auch nur echten ArbeiterInnenparteien, bedeutet, dass die heroischen Proteste oft niedergeschlagen werden oder im Sand verlaufen. Der Aufbau solcher Massenparteien ist daher eine zentrale Aufgabe von SozialistInnen!

Was ist Sozialismus?¹²

"Sozialismus" ist ein Begriff, der mit sehr unterschiedlichen Bedeutungen behaftet ist. Manche nennen die SPÖ "sozialistisch", manche die Sowjetunion. Tatsächlich trifft beides nicht zu. Sozialismus ist eine Gesellschaft ohne Ausbeutung des Menschen durch den Mensch, in der der Kapitalismus gänzlich überwunden ist. Eine Gesellschaft, in der jeder Mensch die Möglichkeit hat, sich frei zu entfalten und sein gesamtes Potential auszuleben. Wir können heute kein detailliertes Bild einer sozialistischen Gesellschaft zeichnen weil Menschen ihre Geschichte selbst machen, aber wir können doch einige Fixpunkte skizzieren. Jedes Mal in der Geschichte, wenn die ArbeiterInnenklasse in Bewegung geraten ist, wenn es Versuche gab, den Kapitalismus zu stürzen und die Kontrolle über die Gesellschaft zu erreichen, kam es zur Organisierung in Räte-Strukturen (obwohl diese

"An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist."

Aus dem Kommunistischen Manifest

natürlich sehr unterschiedliche Namen hatten). Erstmals kann es im Sozialismus echte Demokratie geben. Die Menschen finden sich auf verschiedenen Ebenen zusammen, um über die Gestaltung der Gesellschaft entscheiden: an ihren Wohnorten, Arbeitsplätzen, in ihrer Ausbil-

dung. Auch in Österreich gab es im Zuge der revolutionären Ereignisse von 1918 und nach dem 2. Weltkrieg, als Vorgesetzte bzw. KapitalistInnen einfach nicht da waren, solche Komitees. Erst in einer wirklich sozialistischen Gesellschaft werden Bildung und Forschung für den Nutzen der gesamten Gesellschaft eingesetzt werden. Arbeit wird nicht mehr Zwang sein. Die Arbeitszeit wird verkürzt, als unangenehm empfundene Arbeit wird durch technischen Fortschritt auf ein Minimum reduziert, professionalisiert und kollektiv erledigt werden können. Erstmals ist auch die Basis für eine wirkliche Befreiung der Frau gelegt, indem keine wirtschaftliche Abhängigkeit mehr existiert und Hausarbeit weitestgehend vergesellschaftet wird.

Innerhalb der SPÖ und anderer sozialdemokratischer Parteien sind jene Elemente, die auf dem Boden des Kapitalismus verbleiben wollen, seit Ende des 19. Jahrhunderts immer stärker geworden und haben im 1. Weltkrieg Kaiser und Kapitalismus unterstützt. Sie wollten zwar die Härten dieses Systems abfedern, es aber nicht abschaffen. Tatsächlich hat die SPÖ in den 70er Jahren mit einer starken ArbeiterInnenklasse im Rücken eine Reihe wichtiger Verbesserungen umgesetzt: Arbeitszeitverkürzungen, den freien

Hochschulzugang und die Fristenlösung. Aber eben diese Verbesserungen sind bereits wieder rückgängig gemacht bzw. derzeit in Gefahr. Über die "Sozialpartnerschaft" und ihren Einfluss im ÖGB hat die SPÖ außerdem immer die Bedürfnisse der Wirtschaft (d.h. der Unternehmer) zentral mitberücksichtigt. Sie hat sich darauf beschränkt, im Rahmen des Systems zu agieren und akzeptierte, als z. B. aufgrund einer Wirtschaftskrise Einschnitte bei der ArbeiterInnenklasse vorgenommen wurden. Die SPÖ hat nicht grundsätzlich an der Verteilung des Reichtums in der Gesellschaft gerührt, sondern sich darauf beschränkt, dass - bei gleichbleibender Verteilung – die ArbeiterInnenklasse im Fall von Wachstum auch etwas davon abbekommt. Heute betreibt die SPÖ nicht einmal mehr diese Politik, da sich unter anderem die wirtschaftlichen Bedingungen verschärft haben. Unter dem Druck der neoliberalen Offensive der 1990er hat die SPÖ-Führung einen ebenso neoliberalen Kurs eingeschlagen, der die Zusammensetzung und den Charakter der Partei gänzlich zum Kippen brachte: Die SPÖ ist keine Partei der ArbeiterInnenklasse mehr und wird auch von immer größeren Teilen in der Bevölkerung nicht mehr als solche gesehen! Ihre Politik des Sozialabbaus und staatlichen Rassismus (Belastungspakete und ausländerInnenfeindliche Gesetze) unterscheidet sich (von Details und Geschwindigkeit abgesehen) nicht von ÖVP und FPÖ.

Die "realsozialistischen Staaten", also die Staaten in Osteuropa und die Sowjetunion, waren keine sozialistischen Gesellschaften. In diesen Regimen, die wir als stalinistisch bezeichnen, regierte eine kleine, bürokratische Schicht. Der Privatbesitz an Produktionsmitteln war zwar abgeschafft, aber es fehlte an ArbeiterInnendemokratie. Die stalinistische Entwicklung in der Sowjetunion war nicht vorherbestimmt und ist keine Form des Sozialismus. Durch die Verhinderung der Revolution in anderen Ländern durch die Sozialdemokratie, die wirtschaftliche Zerstörung Russlands in Folge des Überfalls imperialistischer Staaten, entstanden Isolation und in Folge Mangel am Lebensnotwendigsten. Das war die Basis, auf der die Bürokratie, die sich in der Partei um Stalin sammelte, sich aufbauen, ihre Macht festigen und ihr Terrorregime errichten konnte. Einhergehend mit der inneren Krise und dem Druck des kapitalistischen Auslands setzte die Bürokratie eine Reihe reaktionärer Maßnahmen, die das Fundament der Oktoberrevolution Stück für Stück untergruben. Die Bürokratie stand im Widerspruch zu ArbeiterInnen-Demokratie und einer effizienten Planwirtschaft. 14 An den Grundlagen des Systems änderte auch die "Entstalinisierung" in den 50er Jahren kaum etwas, das stalinistische Herrschaftskonzept wurde nach Osteuropa und in andere Länder (China, Vietnam etc.) exportiert. Diese Entwicklung endete in der kapitalistischen

Restauration Ende der 1980er. Der Kampf gegen die bürokratische Herrschaft kam aus der ArbeiterInnenbewegung selbst, durch die von Leo Trotzki und vielen anderen organisierte Linke Opposition. Die SLP steht in dieser Tradition.

Eine heutige Revolution findet vor teilweise anderen Vorzeichen statt. Die Wirtschaft ist international viel weiter entwickelt, es existiert die Erfahrung mit dem Stalinismus. Wir müssen deshalb schon heute in der ArbeiterInnenbewegung dafür eintreten, dass keinE FunktionärIn mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiter-Lohn erhält, jederzeit wähl- und abwählbar ist und über seine/ihre Tätigkeit Rechenschaft ablegen muss. So kann der Entstehung von Privilegien und Karrierismus entgegengewirkt werden. Die ArbeiterInnenbewegung kann aus ihrer Geschichte lernen, ArbeiterInnenkontrolle und -verwaltung werden zentrale Elemente einer künftigen sozialistischen Gesellschaft sein. Nicht mehr das Chaos der kapitalistischen Profitwirtschaft regiert, nicht mehr der Mensch muss sich an die Wirtschaft anpassen, sondern die Wirtschaft wird nach den Bedürfnissen der Menschen demokratisch geplant. Die Planwirtschaft in den stalinistischen Staaten konnte, obwohl sie durch die Bürokratie gehemmt war, das enorme Potential zeigen, das in ihr steckt. Um zu einer sozialistischen Gesellschaft zu gelangen, ist es notwendig, die Schlüsselbetriebe zu vergesellschaften: im Gegensatz zu einer Verstaatlichung im Kapitalismus, wo weiterhin die Spielregeln der Profitwirtschaft gelten. Endlich werden alle Ressourcen, die im Kapitalismus brach liegen, weil sie "zu teuer" sind, eingesetzt und sinnvoll (z. B. für die Ausrottung von Krankheiten statt für die Waffenentwicklung) genutzt werden. Die Produktionsmittel sind schon heute weit genug entwickelt und weit mehr ist möglich, wenn die Forschung von kapitalistischen Zwängen befreit ist. Deshalb ist eine radikale Arbeitszeitverkürzung möglich, sodass alle Zeit haben, sich an der demokratischen Gestaltung der Gesellschaft zu beteiligen, ihre Freizeit zu genießen, sich zu bilden, Kultur zu schaffen etc. Daher sind die Voraussetzungen für eine erfolgreiche sozialistische Gesellschaftsveränderung wesentlich besser als in der Vergangenheit. In einer sozialistischen Gesellschaft können endlich die Fähigkeiten aller zum Wohl Aller, und nicht mehr nur für Profite Weniger genutzt werden.

Die Erfahrungen mit dem Stalinismus zeigen auch, dass der Sozialismus nur international sein kann. Gerade das Ausbleiben bzw. Scheitern der Revolutionen in anderen Staaten Anfang des 20. Jahrhunderts und die Isolation der Sowjetunion waren wichtige Ursachen für die Entwicklung des Stalinismus.

Der Weg zu einer anderen, einer sozialistischen Gesellschaft

Der Kapitalismus ist international organisiert. Um ihn wirkungsvoll bekämpfen zu können, muss sich die ArbeiterInnenklasse ebenfalls international organisieren. Die SLP ist daher Mitglied im ,Komitee für eine ArbeiterInnen-Internationale', mit Sektionen und Gruppen auf allen Kontinenten. Unser Ziel ist der Aufbau einer revolutionären Weltpartei zum Kampf gegen den Kapitalismus und die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft.

Obwohl die materiellen Möglichkeiten vorhanden sind, um Not und Mangel abzuschaffen, existiert beides noch. Alle Versuche der Vergangenheit, den Kapitalismus dauerhaft und grundlegend zu reformieren, sind fehlgeschlagen. Jede noch so klei-

ne Verbesserung musste gegen den Willen der Besitzenden erkämpft werden. Alle Verbesserungen stehen heute wieder unter Beschuss. Im Gegensatz zu den 70er Jahren, als der Kapitalismus in einer wesentlich günstigeren Ausgangslage war, hat er heute rund 30 Jahre verlangsamtes Wachstum hinter

Viele Beispiele in der Geschichte – in China 1926. in Indonesien 1965. in Chile 1973, in Europa in der Zwischenkriegszeit – zeigen, dass die Hoffnung, langsam in den Sozialismus hinüber zu wachsen, blutig durch die Militärs des Kapitals zerschlagen wurden.

sich. Der Neoliberalismus ist Ausdruck für die verkleinerten Spielräume. Aufgrund der sinkenden Profitraten und der wachsenden Konkurrenz ist immer weniger Raum für Zugeständnisse an die ArbeiterInnenklasse da. Die Vorstellung, die v.a. von der Gewerkschaftsführung propagiert wird, mit einer "keynesianischen Politik" ein Gegengewicht zum Neoliberalismus zu schaffen, übersieht die geänderten Rahmenbedingungen. Die 70er Jahre, die "guten alten Zeiten unter Kreisky", als es den "Austro-Keynesianimus" gab, als der Staat in Krisenzeiten einsprang, um die Wirtschaft wieder zu beleben, folgten einem untypisch langen und intensiven Aufschwung. Heute existieren diese Spielräume nicht mehr. Staatliche Intervention dient nicht dazu, die Einkommen der ArbeiterInnenklasse zu erhöhen, um die Kaufkraft anzukurbeln, sondern um marode Unternehmer zu retten bzw. vor ausländischer Konkurrenz zu schützen.

Die Rolle der ArbeiterInnenklasse

Der Sturz des kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems wird nicht durch den Putsch einer Minderheit passieren und auch nicht durch eine Volksabstimmung. Die Herrschenden werden ihre Privilegien, ihren Reichtum und ihre Macht nicht freiwillig hergeben. Sie werden sich nicht einfach abwählen lassen. Daher ist eine Revolution notwendig. Eine sozialistische Revolution ist ein Prozess, bei dem die ArbeiterInnenklasse die Macht ergreift. Sie ist die einzige gesellschaftliche Kraft, die aufgrund ihrer ökonomischen Rolle, ihrer Anzahl und dem im kollektiven (Klassen)Kampf erlangtem Bewusstsein in der Lage ist, den Kapitalismus zu überwinden. Dies steht im Gegensatz zu Vorstellungen über eine "Zivilgesellschaft", die angeblich über Klassengrenzen hinweg eine andere Welt erschaffen könne. Wir meinen, dass auch andere Teile der Bevölkerung – Intellektuelle, Studierende, Kleingewerbetreibende – Teil einer solchen Revolution sein werden. Aber die entscheidende, treibende und kollektive Kraft kann nur von der ArbeiterInnenklasse kommen. Marx und Engels beschreiben die ArbeiterInnenklasse als das "revolutionäre Subjekt". Sie ist jene Klasse in der Gesellschaft, die Notwendigkeit und Möglichkeit mit sich bringt,

"1950 lebten nur 29% der Weltbevölkerung in Städten. 2010 waren es bereits 51%."

statista

Sozialismus zu erkämpfen. Und das nicht nur wegen der zahlenmäßigen Stärke, sondern v.a. aufgrund der Erfahrungen mit kollektiver Arbeit und Organisierung. Darüber hinaus hat sie keine Alternative.

Heute herrscht teilweise ein beschränktes Bild vom "Arbeiter" vor, nämlich als männlichen, inländischen Industriearbeiter. Die ArbeiterInnenklasse bestand aber niemals nur aus diesem Prototypen, sondern immer aus verschiedenen Gruppen und Schichten. Aus Frauen und Männern, wobei auch jene Angehörigen, die nicht direkt im Arbeitsprozess stehen (Erwerbslose, Kinder, PensionistInnen und Hausfrauen/-männer) zur ArbeiterInnenklasse gehören. Aus InländerInnen, MigrantInnen und Flüchtlingen, auch wenn manche gezwungen werden, illegal zu arbeiten. Die ArbeiterInnenklasse umfasst Berufsgruppen im Verkauf, im Dienstleistungssektor, in den Büros. Die ArbeiterInnenklasse definiert sich darüber, dass sie "nichts zu verkaufen hat, als ihre Arbeitskraft". Der Anteil dieser Lohnabhängigen hat sich in den letzten 150 Jahren erhöht, auch wenn sie in immer mehr Untergruppen aufgespalten werden. In der heutigen Gesellschaft gibt es eine immer stärkere Polarisierung zwischen jenen, die Produktionsmittel und Reichtum besitzen und jenen, die das nicht haben. Auch die

Beschäftigten im Öffentlichen Dienst sind Teil dieses Prozesses: Durch die Generalangriffe auf öffentlich Bedienstete und andere ArbeitnehmerInnen wie bei den Pensionskürzungen kann das Bewusstsein für die gemeinsamen Probleme und Interessen stärker werden. Die Aufspaltung in ArbeiterInnen, Angestellte und Öffentlich Bedienstete (mit weiteren Unterteilungen in LeiharbeiterInnen, freie DienstnehmerInnen, WerksvertragsnehmerInnen, Pragmatisierte, Vertragsbedienstete) wird bewusst eingesetzt und dient der Spaltung der Klasse ebenso wie Rassismus, Nationalismus, Sexismus, Homo- und Transphobie. Die Probleme der verschiedenen Beschäftigten sind in weiten Teilen ähnlich. Alle sind sie davon abhängig, ihre Arbeitskraft zu verkaufen und dafür ein unselbständiges Einkommen zu erhalten.

Für die Einheit der ArbeiterInnenklasse

Leider wird die Spaltung der ArbeiterInnenklasse von Teilen der Klasse selbst und auch von der Gewerkschaftsbürokratie übernommen. Dies betrifft insbesondere die Spaltung in Frauen und Männer und in In- und AusländerInnen. Die Konflikte, die hier existieren, sind keineswegs "natürlich". Sie entstehen durch die ungleiche Verteilung von Ressourcen und sind von den Herrschenden gewünscht. Vorurteile werden geschaffen und geschürt, Rollenverteilungen werden zementiert. Das System aber wird durch diese Spaltungen stabilisiert.

Zu der Ausbeutung, der alle ArbeiterInnen in einer Klassengesellschaft ausgesetzt sind, kommt noch die Unterdrückung als Frau

hinzu. Frauen leisten weltweit den größten Teil der Arbeit, erhalten aber nur einen Bruchteil des Reichtums. Frauen sind am Arbeitsmarkt benachteiligt und zusätzlich durch Beruf, Familie und Haushalt doppelt und dreifach belastet. Damit nicht genug, sind Frauen Sexismus

"Die Monatseinkommen unselbständiger Männer waren 2013 um 41% höher als die unselbstständiger Frauen. Zwei Drittel der Frauen befanden sich in der unteren Einkommenshälfte."

Statistik Austria

und Gewalt ausgesetzt. Die Frauenunterdrückung ist weder Randerscheinung, noch "Irrtum". Sie ist ein integraler Bestandteil des Kapitalismus. Die unbezahlte Arbeit von Frauen bei Haushalt, Kindererziehung, Alten- und Krankenpflege ist notwendig, um die Profitrate hoch zu halten - müsste all diese Arbeit bezahlt werden, müssten Löhne/Gehälter viel höher sein und wären die Profite niedriger. Nicht zufällig werden reaktionäre Frauenbilder - "Frau zurück zu Herd und Kindern" – immer in Zeiten sinkender Profitraten wieder hervorgekramt. Frauenunterdrückung ist als Spaltungsmechanismus für die Machterhaltung der KapitalistInnen notwendig. Obwohl Frauen in allen Kämpfen für Verbesserungen der ArbeiterInnenklasse eine wichtige Rolle gespielt haben, sind sie in den Organisationen der Klasse (Parteien und Gewerkschaften) unterrepräsentiert. Selbst die Gewerkschaften der "Frauenbranchen" werden von Männern geführt. Es herrscht oftmals eine "traditionelle" Rollenteilung und "Frauenthemen" sind Sache der Frauenabteilungen. Sie werden nicht als integraler Bestandteil der Gewerkschaftspolitik gesehen. Auch hier ist der Kampf gegen die bürgerliche sexistische Ideologie in der eigenen Klasse notwendig.

Insbesondere junge Frauen sind bei vielen Bewegungen der letzten Jahre in den ersten Reihen gestanden. Es hat ein enormer Politisierungsprozess stattgefunden, auch wenn der konservative Backlash (eine Orientierung auf Familie und Ehe als Alternative zu fehlenden und frustrierenden Jobs) noch nicht überwunden ist. Gleichzeitig sind durch die neoliberale Offensive viele Errungenschaften der Vergangenheit wieder gefährdet. Frauenfragen sind zentrale Fragen der ArbeiterInnenbewegung und Teil des Kampfes für Sozialismus. Es ist kein Kampf "Frauen gegen Männer" sondern ein Kampf "ArbeiterInnenklasse gegen das Kapital". Jede Verbesserung für Frauen ist – ebenso wie jede andere Reform im Kapitalismus (die eine wirkliche Verbesserung bedeutet) - eine wichtige Errungenschaft. Frauenunterdrückung vollständig beseitigen können weder Frauen allein, noch ist dies im Rahmen einer Klassengesellschaft möglich. Deshalb sind der Kampf für Frauenbefreiung und der Kampf für Sozialismus untrennbar verbunden.14

Auch Menschen, die nicht in heterosexuellen Beziehungen leben, Menschen, die schwul, lesbisch, bisexuell, transsexuell oder intersexuell sind (fortan: queer), werden im Kapitalismus unterdrückt. Jede Form des Zusammenlebens, die nicht der bürgerlichen Kernfamilie entspricht, gefährdet die Weitergabe klassengesellschaftlicher Autoritätsstrukturen von Generation zu Generation. Die queere Bewegung konnte in den letzten Jahrzehnten in einzelnen Ländern einige Erfolge, was rechtliche Gleichstellung betrifft, erzielen. Doch die überwältigende Mehrheit nicht-heterosexueller Personen wird im Kapitalismus immer entrechtet und unterdrückt bleiben. Denn entgegen dem in westlichen Medien verbreiteten Bild einer "aufgeklärten Gesellschaft" gibt es insbesondere in der Arbeitswelt massive Diskriminierung. Anstatt unsere gemeinsamen Interessen wahrzunehmen und dafür zu kämpfen, wird versucht, Heterosexuellen einzureden, queere Personen würden "traditionelle Werte" gefährden und der Gesellschaft schaden. 15

Ein weiterer Spaltungsmechanismus ist der Rassismus. MigrantInnen werden Grundrechte verweigert, für die sie arbeiten und Steuern zahlen, nur weil sie nicht die österreichische StaatsbürgerInnenschaft haben. Und selbst wenn sie diese erlangen, bleiben sie für viele immer noch Menschen zweiter Klasse. Auch von dieser Spaltung profitieren die KapitalistInnen. Wenn MigrantInnen in die Illegalität gedrängt werden, sind sie gegenüber den Ausbeutungsversuchen von Arbeitgebern und VermieterInnen wehrlos. Sie können dann beispielsweise nicht auf kollektivvertragliche Entlohnung bestehen und werden als LohndrückerInnen missbraucht. Würden alle MigrantInnen vollen Zugang zum Wohn- und Arbeitsmarkt haben und sich In- und AusländerInnen nicht gegeneinander ausspielen lassen, würde das helfen, Mieten zu reduzieren und Löhne zu erhöhen. Rassismus findet auf verschiedenen Ebenen statt: Nazis, die auf der Straße prügeln, PolitikerInnen, die im Parlament Gesetze machen, oder jene, die diese Gesetze ausführen. Zudem dienen Rassismus und Antisemitismus den Herrschenden als beliebte Ablenkungsmechanismen. Es wird von der eigenen Schuld abgelenkt und diese bei Minderheiten gesucht. Anstatt über Armut und Rekordprofite zu diskutieren, setzt man den vermeintlichen "Untergang des Abendlandes" ins Zentrum.¹6

In den meisten Staaten wurde das Asylrecht praktisch abgeschafft. Verfolgung, Krieg und Elend sind für die bürgerlichen PolitikerInnen keine Gründe, um Menschen Schutz zu gewähren. Stattdessen werden selbst asylsuchende Jugendliche in Gefängnisse gesteckt und brutal abgeschoben. MigrantInnen, die hier bleiben, sind mit ständigen rassistischen Polizeikontrollen konfrontiert. Sie haben nur beschränkte Rechte am Arbeitsmarkt und sind von den minimalen demokratischen Rechten (wie dem passiven Betriebsratswahlrecht) ausgeschlossen. Seit einigen Jahren sind Flüchtlinge und Menschen, die die Abschiebungen nicht einfach hinnehmen wollen, aktiv geworden. Sie sind an die Öffentlichkeit gegangen und haben eine Reihe von Abschiebungen erfolgreich verhindert. Doch die Gewerkschaften, deren Aufgabe es eigentlich ist, die Einheit der Klasse herzustellen, haben bisher wenig getan, um die Spaltung der Klasse zu überwinden. Sie haben sich im Kampf für die Rechte von ausländischen KollegInnen bestenfalls auf Lippenbekenntnisse zurückgezogen, haben letztlich versagt und sich stattdessen einer Abschottungspolitik verschrieben. Sie stellen den Schutz von "ÖsterreicherInnen" vor jenen von "AusländerInnen", anstatt den gemeinsamen Kampf aller ArbeiterInnen gegen Rassismus und Sozialabbau zu organisieren. Die Spaltung dient nur den Herrschenden und muss daher in konkreten Kämpfen überwunden werden.

Fünf Finger kann man brechen, eine Faust nicht

Neben der Spaltung der ArbeiterInnenklasse gibt es auch noch das Problem der Vereinzelung. Einsame Kämpfer mögen heroisch wirken – den Kapitalismus stürzen können sie nicht. Wir alle haben schon die Erfahrung gemacht, dass wir uns mit Gleichgesinnten zusammenschließen müssen, um gemeinsam ein Ziel zu erreichen. Das ist der Grund, warum sich Gewerkschaften gegründet haben.

Der ÖGB ist mit über 1 Million Mitgliedern eine Macht. Die Führung des ÖGB hat diese Macht lange brach liegen gelassen und verhandelt

Die erfolgreichste Bewegung gegen Krieg, Hunger und Diktatur war die Russische Revolution. Dass im Oktober 1917 der Kapitalismus abgeschafft wurde liegt daran, dass in Russland mit der Bolschewistischen Partei eine Organisation existierte, die die Erfahrungen verarbeitete, die Kräfte bündelte und sie auf ein gemeinsames Ziel orientierte. lieber hinter verschlossenen Türen faule Kompromisse aus. In den 80er und 90er Jahren ist der ÖGB Schritt für Schritt zurückgewichen und hat die Interessen der ArbeiterInnenschaft nicht nur nicht vertreten, sondern sogar teilweise an den Belastungspaketen mitgebastelt. Dieses Vorgehen resultiert aus dem Selbstverständnis des ÖGB als Teil des Staates, dessen oberstes

Prinzip die mittlerweile tote Sozialpartnerschaft und dessen oberstes Ziel der sogenannte "soziale Frieden" darstellt. Die Sozialpartnerschaft hat dazu geführt, dass ArbeiterInnen vom Kämpfen abgehalten wurden und die meisten niemals kämpfen und damit ihre eigene Stärke nie kennengelernt haben. "Klassenkampf" war aus dem Vokabular und "Streik" aus dem Arsenal der Gewerkschaftsführung fast verschwunden. In den letzten Jahren haben sich wegen des radikalen und aggressiven Sozialabbaus der blau-schwarzen Regierung, dem Fortführen der Kürzungspolitik durch die Große Koalition und der Ausweglosigkeit aus der Krise die Probleme mit der Linie der Gewerkschaftsspitze verschärft. Die "Sozialpartnerschaft" ist schon längst einseitig von den UnternehmerInnen aufgekündigt worden. Die Gewerkschaftsführung gleicht einem auf einer Autobahnraststätte ausgesetzten Hund, der noch immer gutmütig hofft, seine ehemaligen Besitzer würden wieder zurückkehren. Spätestens seit Ausbruch der Krise blasen die UnternehmerInnen jedoch zum kollektiven Angriff auf Kollektivverträge und grundlegende ArbeiterInnenrechte. Die Ausweitung der täglichen Maximalarbeitszeit auf 12 Stunden ist nur einer von vielen Vorstößen des Kapitals der letzten Jahre.

Auf Druck der Basis haben Proteste zugenommen und mit den Streiks gegen die Pensionsreform bzw. bei den ÖBB 2003 fand ein Durchbruch in Österreich statt. Seither sehen wir einen noch langsamen, aber stetigen Anstieg offener Arbeitskämpfe wie die MetallerInnenstreiks 2011 oder den erfolgreichen Kampf der Salzburger Landesbeschäftigten 2012. Gewerkschaften haben die Aufgabe, die ArbeiterInnenklasse zu organisieren und im Kampf für "ein größeres Stück vom Kuchen" zu führen. Die Bürokratie an der Spitze der Gewerkschaften verhindert das viel zu oft. SpitzenfunktionärInnen, die Gehälter beziehen, die ein Vielfaches von denen der Gewerkschaftsbasis ausmachen, agieren abgehoben und können die Bedürfnisse der normalen KollegInnen nicht mehr nachvollziehen. Kämpferische Traditionen müssen mühsam und teilweise gegen die Gewerkschaftsbürokratie wieder etabliert werden 17

Die enge Verbindung zwischen SpitzengewerkschafterInnen und der SPÖ, die für viele Verschlechterungen auf allen Ebenen verantwortlich ist, und der Führung des ÖGB stehen dabei im Weg. Der Aufbau einer fraktionsübergreifenden Opposition, die für demokratische und kämpferische Gewerkschaften eintritt, ist unbedingt notwendig. Nicht nur, um die Rechte der ArbeiterInnenklasse, sondern auch um die Gewerkschaften an sich gegen die Angriffe der Bürgerlichen, die sie gerne los wären, zu verteidigen.18

Für eine neue ArbeiterInnenpartei¹⁹

Die Interessen der KapitalistInnen werden in Österreich sehr effektiv von den etablierten Parteien sowie von Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung umgesetzt. Die ArbeiterInnenklasse braucht ebenso eine Partei, die sie organisiert, vertritt, die Erfahrungen sammelt und

bilanziert, die Kräfte bündelt und ein Ziel vor Augen hat. Zur Zeit fehlt eine derartige ArbeiterInnenpartei. Es gilt, sie aufzubauen. Lange Zeit war die SPÖ die Partei der ArbeiterInnenklasse. Auch wenn sie schon seit Anfang des 20. Jahrhunderts bürgerliche Politik betrieben hat und sich nach 1945 auch in ihrem Programm zum Kapitalismus bekannt hat, sahen trotzdem viele ArbeiterInnen und

Das CWI war und ist international in Parlamenten, Stadträten und in kommunalen Vertretungen präsent. Unsere Funktionsträger nehmen nur einen durchschnittlichen FacharbeiterInnenlohn an, verzichten auf sämtliche Privilegien und sind jederzeit rechenschaftspflichtig. Sie handeln als Sprachrohre sozialer Kämpfe und nicht als Sesselkleber.

Jugendliche ihre Interessen durch die SPÖ vertreten. Die Zuspitzung kapitalistischer Widersprüche in den 80er und 90er Jahren hat das verändert. Immer größere Teile der ArbeiterInnenklasse wenden sich von ihr ab, die Mitgliedschaft schrumpft und ist überaltert. Die SPÖ ist heute eine bürgerliche Partei, wenn auch mit einer speziellen Geschichte. Selbst wenn die SPÖ bei Wahlen – als kleineres Übel – Stimmen von ArbeiterInnen erhält, werden sich kommende Kämpfe und Forderungen der ArbeiterInnenklasse nicht in entscheidendem Ausmaß in der SPÖ widerspiegeln, sondern eher an dieser vorbeilaufen bzw. sogar gegen die SPÖ geführt werden müssen. Eine Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie stellt keine grundsätzlich andere Qualität dar als die Angriffe von New Labour (Britannien) und der SPD (Deutschland) auf Sozial- und Bildungswesen deutlich machen. Die SPÖ führte nach dem blau-schwarzen Intermezzo die Politik dieser Regierung fort, ohne mit der Wimper zu zucken.

Natürlich gibt es noch GewerkschafterInnen und SPÖ-Parteimitglieder, die hoffen, dass die SPÖ wieder so wird, wie sie früher einmal ansatzweise war. Gäbe es tatsächlich die Chance, die SPÖ auf einen sozialistischen Kurs zu bringen oder zumindest zu einer kämpferischen ArbeiterInnenpartei zu machen, wird die SLP dies unterstützen. Dies ist jedoch äußerst unwahrscheinlich. Wir sind aufgrund der realen Verhältnisse davon überzeugt, dass, wenn wir die besten Traditionen der internationalen Sozialdemokratie retten wollen, es notwendig ist, aus den sozialen und politischen Auseinandersetzungen heraus eine neue Kraft für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche aufzubauen. Diese Notwendigkeit zeigt sich auch darin, dass die SPÖ mittlerweile in beinahe jeder sozialen Auseinandersetzung auf der anderen Seite steht – sei es als Regierungspartei, die Sparmaßnahmen beschließt oder, wie im Öffentlichen Dienst, direkt als Arbeitgeber.

"Die Grünen' sind eine inhomogene bürgerliche Partei, teilweise ohne klar erkennbare Ideologie. Es finden sich links Stehende ebenso wie Anhänger der EU. In der konkreten Politik setzt sich stets der "pragmatische" rechte Flügel durch. Die Linken sind zwar geduldet, aber für klassenkämpferische Politik ist kein Platz. Die Regierungsbeteiligungen/–unterstützungen von grünen Parteien in Deutschland, Skandinavien und Frankreich zeigen deutlich, dass die Grünen nicht linke, sondern bürgerliche Parteien sind und sich an Pensionskürzungen, Angriffen auf Arbeitslosen und an Kriegen beteiligen. Auch in Österreich haben die Grünen bereits durch Regierungsbeteiligungen in Oberösterreich, Wien, Graz und Salzburg mit Gesundheits– und Sozialkürzungen vorgezeigt, dass sie alles andere als eine Alternative zur etablierten Politik sind.

Seit Ausbruch der Krise ist eine zunehmende Polarisierung in der Gesellschaft zu verzeichnen. Diese kommt in unterschiedlicher Form zum Ausdruck. Die Wut über das System sucht ein Ventil. Wo echte Arbeite-Innenparteien fehlen, können rechtsextreme und reaktionäre Strukturen immer wieder das Vakuum füllen und die Wut nach rechts umleiten. Der Aufstieg der FPÖ verlief nicht zufällig parallel mit dem Niedergang

der SPÖ und der Privatisierung und dem Sozialabbau in den 1980er und 1990er Jahren. Erst auf dieser Grundlage konnte der Populismus eines Haider auf fruchtbaren Boden fallen. Der Aufstieg der FPÖ hat sich durch Regierungsbeteiligungen, Spaltungen, Haiders Tod und regelmäßige braune Rülpser höchstens für kurze Zeitabschnitte verlangsamt. Unter Strache wurde die FPÖ zu einer der stärksten Parteien im Land. Auch wenn solche rechtsextremen Parteien immer wieder Aufund Abwärtsbewegungen durchmachen, so kann doch der Rechtspopulismus immer wieder WählerInnenstimmen bekommen, solange es keine sozialistische Massen-Alternative gibt. Ein anderer Ausdruck davon kann, insbesondere unter migrantischen ArbeiterInnen und Jugendlichen, die Zunahme von religiösem Fundamentalismus sein. Sie sind besonders betroffen von der Zunahme der sozialen Probleme. Hinzu kommt die rassistische Hetze von FPÖ, Regierung und Medien. Diese Kombination kann dazu führen, dass sich ein Teil der MigrantInnen religiösen, fundamentalistischen bzw. rechten "Alternativen" zuwendet. Die Spaltung der ArbeiterInnenklasse durch Rassismus und religiösen Fundamentalismus muss bekämpft werden. Dazu müssen SozialistInnen den gemeinsamen Kampf von Menschen mit verschiedenen Religionen für soziale Verbesserungen vorantreiben. Ein wichtiger Teil der Arbeit von SozialistInnen ist und bleibt auch gerade deswegen der Widerstand gegen FPÖ, Burschenschaften, Identitäre und andere rechtsextreme und faschistische Organisationen, die in Zukunft verstärkt eine körperliche Bedrohung für linke AktivistInnen und GewerkschafterInnen darstellen können.20

Die neue ArbeiterInnenpartei in der notwendigen Form ist die SLP nicht. Die SLP ist eine revolutionäre Partei. Wir sehen es jedoch als unsere Aufgabe, diese neue ArbeiterInnenpartei mit aufzubauen. Zurzeit gibt es zwar die Notwendigkeit für eine solche neue Organisation, aber keine realen Ansatzpunkte. Eine solche neue ArbeiterInnenpartei wird nicht dadurch entstehen, dass sich verschiedene linke Organisationen zusammenschließen; auch wenn der Wunsch nach einer geeinten starken Linken verständlich ist, und die SLP immer wieder zu verschiedenen Fragen mit anderen Linken zusammenarbeitet. Die Entstehung einer neuen ArbeiterInnen-Partei wird erst das Ergebnis von kommenden Klassenkämpfen und Bewegungen sein, in denen sich das Bewusstsein weiterentwickelt, sich in und um die Gewerkschaft, um lokale und betriebliche Initiativen, neue Formationen entwickeln. Welchen Charakter diese neue Partei haben wird, hängt von der Entwicklung der Klassenkämpfe ab und davon, wie stark RevolutionärInnen in dieser Partei für ein revolutionäres Programm eintreten.

Die Aufgabe der SLP kann nicht darin bestehen, eine solche neue Partei "aus dem Boden zu stampfen", sondern die Basis dafür zu legen, indem wir Klassenkämpfe und Widerstand auf unterschiedlichen Ebenen unterstützen und initiieren. Ein Teil davon ist es auch, auf Wahlebene eine Alternative anzubieten. Solange es diese neue ArbeiterInnenpartei nicht gibt bzw. keine konkreten Ansätze dafür existieren, und die Menschen nur die Wahl zwischen verschiedenen "großen und weniger großen Übeln" haben, strebt die SLP grundsätzlich an, zu kandidieren. Dies ist kein Ersatz für, sondern Teil unserer klassenkämpferischen und revolutionären Arbeit. Schon in der Vergangenheit haben wir bei Bezirksrats-, Gemeinderatsund Nationalratswahlen kandidiert, um im Wahlkampf aktiv mit unserem Programm präsent zu sein, um eine Alternative auf dem Wahlzettel anzubieten, aber vor allem auch, um andere Menschen aufzurufen, selbst aktiv zu werden. In jedem Fall tritt die SLP für ein konsequent sozialistisches Programm ein, ohne das jede neue Partei oder Plattform gezwungen sein wird, sich früher oder später mit dem kapitalistischen System und seinen Sachzwängen zu arrangieren.

Revolutionäre Parteien können bei der Formierung von neuen ArbeiterInnen- bzw. Linksparteien wichtige Rollen spielen. So stand die SAV (deutsche Schwesterorganisation der SLP) an der Wiege der LINKE und ist nun eine wichtige innerparteiliche Linksopposition. Ebenso LSR (brasilianische Schwesterorganisation der SLP), die die bedeutendste organisierte linke Kraft innerhalb der Linkspartei PSOL ist. Xekinima (griechische Schwesterorganisation der SLP) hat SYRIZA mit aufgebaut und kämpft nun inner- und außerhalb der Partei für eine konsequente sozialistische Politik.

Die bisherigen Bilanzen der neuen Formationen sind gemischt, doch bestätigen sie unsere Einschätzung über die Notwendigkeit eines sozialistischen Programms. SYRIZAs raketenhafter Aufstieg ab 2012 war den Forderungen nach Nicht-Bezahlung der Schulden und einer Regierung der Linken zu verdanken. Eine Abkehr von solchen Forderungen zugunsten "pragmatischer" Politik ist unumgänglich verbunden mit dem politischen und organisatorischen Niedergang neuer Formationen. Die französische "Front des Gauches" erlitt bei den EU-Wahlen 2014 niederschmetternde Niederlage, weil sie teilweise auf Einheitslisten mit der regierenden "sozialistischen" Partei antrat. Die italienische "Rifondazione Comunista" konnte sich vom Desaster ihrer Regierungsbeteiligung, in der sie Kürzungspolitik mittrug, nie wieder erholen. Eine neue breite Links- bzw. ArbeiterInnenpartei besteht noch nicht. Als revolutionäre SozialistInnen kämpfen wir jedoch schon heute für den Aufbau einer solchen. Daher ist der beste Schritt für den Aufbau einer neuen ArbeiterInnenpartei, heute mit uns gemeinsam aktiv zu werden.

,Komitee für eine ArbeiterInnen-Internationale' (CWI/KAI/CIO): International aktiv in Bewegungen und Kämpfen

Die SLP und die anderen Sektionen des CWI/KAI/CIO, die auf allen 5 Kontinenten vertreten sind, waren und sind Bestandteil verschiedenster Kämpfe. Wir haben in Britannien die Kampagne gegen die Poll Tax (eine extrem unsoziale Steuer, die von der neoliberalen Thatcher-Regierung eingeführt wurde) geführt. Das Ergebnis war, dass letztlich 18 Millio-

nen Menschen in Britannien diese Steuer nicht bezahlt haben und Thatcher in Folge gehen musste. Wir verbinden in Ländern wie Sri Lanka oder Indien die Arbeit gegen Neoliberalismus mit der Arbeit gegen die Unterdrückung von Volks- und Religionsgruppen, da ArbeiterInnen verschiedener Herkunft von Privatisierung und Sozialabbau betroffen sind. Wir haben den europaweiten SchülerInnenstreik am Tag X, dem Beginn des US-Angriffs gegen den Irak, initiiert und organisiert. Wir

Das Committee for a Workers International - CWI (deutsch: Komitee für eine ArbeiterInnen-Internationale – KAI) ist eine internationale sozia– listische Organisation mit Sektionen in über 40 Ländern. Das CWI ist Teil des Kampfes gegen die Herrschaft der Banken und Konzerne und für den Sturz des globalen Kapitalismus. Wir kämpfen für eine demokratische, sozialistische Gesellschaft auf internationaler Fbene.

Mehr unter: www.socialistworld.net

sind in Ländern wie Chile, Südafrika und Nigeria auch unter Bedingungen der Diktatur und Apartheid für sozialistische Ideen eingetreten. In Israel/Palästina organisieren wir jüdische und arabische ArbeiterInnen und Jugendliche gemeinsam im Kampf für soziale Rechte, gegen Unterdrückung und Besatzung.

In Südafrika führten wir 2012 eine Million ArbeiterInnen in den Streik und sind ein wichtiger Faktor in der Neuformierung einer sozialistischen ArbeiterInnenpartei. 2009-2014 waren wir zuerst durch Joe Higgins, dann durch Paul Murphy im EU-Parlament vertreten und agierten als Sprachrohr für soziale Bewegungen auf der ganzen Welt. So wurde z.B. Paul Murphy durch sein Engagement für ArbeiterInnenrechte in Kasachstan oder Sri Lanka in diesen Ländern zu einer "unerwünschten Person". In den USA gelang unserer Schwesterorganisation Socialist Alternative ein historischer Durchbruch in Seattle, als mit CWI-Aktivistin Kshama Sawant die erste sozialistische Stadträtin gewählt wurde. Sie erreichte über 100.000 Stimmen und erkämpfte mit einer starken Basisbewegung im Rücken einen Mindestlohn von 15\$/Stunde – den höchsten der Welt.

Wir waren in Österreich führender Teil der Widerstandsbewegung gegen Blau-Schwarz, haben die Kampagne gegen die radikalen AbtreibungsgegnerInnen organisiert und waren aktiv in den Klassenkämpfen gegen den Pensionsraub 2003. Wir waren die treibende Kraft der Flüchtlingsbewegung und haben bereits zahlreiche erfolgreiche Kampagnen gegen Abschiebungen geführt. All diese Kämpfe für unmittelbare Verbesserungen oder gegen unmittelbare Verschlechterungen sind Teil unserer Arbeit für eine sozialistische Gesellschaft. Denn nur im aktiven Kampf wird deutlich, dass (egal wie gut unsere Argumente sind) die Herrschenden ihre Macht nicht freiwillig hergeben werden und sich nicht abwählen werden lassen. Daher ist eine revolutionäre Veränderung notwendig.

Die weltweite Zunahme von Kämpfen – die Streiks in Europa, die Aufstände in Nordafrika, die Massenbewegungen in Asien und Lateinamerika – zeigen das enorme Potential und den Unmut, der existiert. Weil die RepräsentantInnen der alten Gesellschaft nicht bereit sein werden, ihre Herrschaft aufzugeben, ist die ArbeiterInnenklasse gezwungen, sich in einer revolutionären Partei zusammenzuschließen, um die Angriffe der Bourgeoisie zurückzuschlagen und um dauerhaft die alten Produktionsverhältnisse aufzuheben. Die Geschichte hat gezeigt, dass die Opfer der KämpferInnen dann vergeblich waren, wenn diese revolutionäre Partei fehlte, die aus den fünf Fingern eine Faust macht und die einer Bewegung Programm und Perspektive gibt. Das CWI und damit die SLP haben es sich zur Aufgabe gemacht, diese revolutionäre Partei und Internationale aufzubauen.

Jetzt eine sozialistische Alternative aufbauen!

Wir stehen in diesem Kampf nicht alleine, sondern sind Teil einer internationalen Bewegung gegen Ausbeutung und Unterdrückung und für eine friedliche, demokratische und gerechte, das heißt eine sozialistische Gesellschaft. Dieser Kampf ist kein leichter, aber er ist notwendig angesichts des tagtäglichen Wahnsinns des Kapitalismus. Alle, die für eine sozialistische Veränderung eintreten wollen und mit unserem Programm übereinstimmen laden wir ein, dies als Mitglied von SLP und CWI zu tun.

Zum Weiterlesen

- ¹ Das Kommunistische Manifest Karl Marx und Friedrich Engels 1848
- ² Das Übergangsprogramm Leo Trotzki 1938
- ³ Keine faulen Kompromisse Vorwärts zum Sozialismus!
 - -Ein historischer Abriss unserer Arbeit und Methoden SLP 2005
- ⁴ Nachhaltige Entwicklung durch wirtschaftliche Planung. Ein sozialistischer Beitrag zur Debatte über ökologische Nachhaltigkeit - SLP 2005
- ⁵ Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus W.I. Lenin 1916
- ⁶ Sozialistische Antworten auf die Krise SLP 2009
- ⁷ Basiswissen Marxismus
 - (mehrteilige Einführung in marxistische Ideen) SLP ab 2009
- ⁸ Lohn, Preis und Profit Karl Marx 1865
- ⁹ Sozialreform oder Revolution Rosa Luxemburg 1899
- ¹⁰ Die gescheiterte Revolution DDR 1989/90
 - Robert Bechert, SAV (Hg.) 2009
- ¹¹ Welt in Aufruhr CWI 2010
- ¹² Ist der Mensch zu schlecht für den Sozialismus? SLP 2002
- ¹³ Wessen Bildung? Unsere Bildung?!
 - Das bildungspolitische Programm der SLP SLP 2012
- ¹³ Verratene Revolution Leo Trotzki 1936
- ¹⁴ Uns reicht's! Frauen in die Offensive Frauenprogramm der SLP - SLP 2005
- ¹⁵ Queer stellen SAV 2013
- ¹⁶ Solidarität statt rassistischer Hetze SLP 2008
- ¹⁷ Streik kurz und bündig SLP 2010
- ¹⁸ Gewerkschaften im 21. Jahrhundert SLP 2014
- ¹⁹ Für eine neue Partei für ArbeiterInnen & Jugendliche SLP 2012
- ²⁰ Das schlaue Büchlein für AntifaschistInnen SLP 2009

Darüber hinaus empfehlen wir:

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! – SLP 2005 Die Bedeutung Leo Trotzkis im 21. Jahrhundert – SLP, SAV 2012 Trotzki, Trotzkismus, 4.Internationale - SAV, 2014 Russische Revolution: Kopenhagener Rede – Leo Trotzki 1932 Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates Friedrich Engels, 1884

Marxismus (nicht nur) für Anfänger – David Rjazanov 1922 Kritiker des Neoliberalismus - SAV 2001

Wofür wir stehen

- 1. Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- 2. Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- 3. Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- 4. Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- 5. Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- 6. Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- 7. Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisierung und Selbstbestimmung.
- 8. Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- 9. Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- 10. Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- 11. Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen,

- 12. SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine Stellvertreter Innenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für Arbeiter Innen, Arbeitslose & Jugendliche, deren Vertreter Innen keine Privilegien haben.
- 13. Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- 14. Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- 15. Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- 16. Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.

ämpferisch, international, sozialistisch

Jetzt aktiv werden mit der Sozialistischen LinksPartei!

- > Die SLP ist aktiv: Wo immer soziale Bewegungen sind, ist auch die SLP: Gegen Rassismus von FPÖ & Co, gegen Nazis wie Burschenschaften und rechte Hooligans oder gegen die radikalen Frauenfeinde von "Human Life International". In den Gewerkschaften und den Betrieben treten SLPlerInnen auch als BetriebsrätInnen für höhere Löhne und ordentliche Arbeitsbedingungen ein. Wir sind Teil der Bewegungen gegen Sozial-, Gesundheits- und Bildungskürzungen, wie bei der Plattform 25 in der Steiermark, dem Widerstand gegen die "Spitalsreform" in Oberösterreich oder die Nulllohnrunde in Salzburg. Wir organisieren Kampagnen für Frauenrechte und gegen sexistische Anmache und sind aktiver Teil der Flüchtlingsbewegung.
- > Die SLP ist international: Wir sind Teil des "Komitees für eine ArbeiterInnen-Internationale" (KAI/CWI) mit Schwesterorganisationen im über 40 Ländern auf allen Kontinenten. Von den Streiks der Bergleute in Südafrika über den erfolgreichen Kampf für einen 15\$ Mindestlohn in den USA und die Demokratiebewegung in Hongkong bis zum Widerstand gegen Massensteuern in Irland, überall ist das CWI in erster Reihe dabei. Wir stehen in der Tradition der kämpferischsten Teile der ArbeiterInnenbewegung in Österreich und weltweit der letzten 200 Jahre.
- > Die SLP ist demokratisch: Wir haben nichts zu tun mit den Machenschaften der großen Parteien und der Korruption durch Banken & Konzerne. Wir finanzieren uns nur durch Spenden und Beiträge unserer Mitglieder und UnterstützerInnen. Wir sind unabhängig von Staat und KapitalistInnen, aber abhängig von unseren LeserInnen und SympathisantInnen. Wenn wir Funktionen haben, dann ohne Privilegien - keinE MandatarIn verdient mehr als ein Durchschnittseinkommen.
- > Die SLP ist sozialistisch und revolutionär: Unser Ziel ist eine Gesellschaft. in der Demokratie nicht nur ein hohles Wort ist: In Betrieben, Nachbarschaften, Schulen & Unis sollen die Menschen selber entscheiden, was sie betrifft. Mit Stalinismus oder der SPÖ der Vergangenheit hat das nichts zu tun.
- > Die SLP ist eine Partei zum Mitmachen: Wer mit den Ideen & Zielen von SLP und CWI übereinstimmt und mit uns aktiv ist, kann Mitglied werden. Bau mit uns die Partei für den Widerstand gegen Sozialabbau, Rassismus & Faschismus, Sexismus, Umweltzerstörung und Kapitalismus auf! Komm zu unseren Treffen in vielen Städten Österreichs!

> Infos & Kontakt unter:

slp@slp.at, www.slp.at oder f/slp.cwi



RWA

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Berichte & Analysen aus sozialistischer Sicht auf 16 Seiten...

Jahres-Abo (10 Ausgaben)

€ 24. - Normal-Abo

€14. - Sozial-Abo

für Menschen ohne eigenes Einkommen

ab € 7. - monatlich:

Alles Inklusive Abo

(alle Publikationen der SLP)



VORWÄRTS Jetzt abonnieren: www.slp.at

Abo-Zahlungen und Spenden:

IBAN: AT25600000000 8812733

BIC: OPSKATWW